ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT— alle 14 Tage brandaktuell

TAblatt

Projekt Zweitageszeitung
minus 70 nummer
(9/90)
8. Mai 1990
Preis: öS 10,—

Prozesse gegen Totalverweigerer

AntimilitaristInnen robben durch die Stadt

Wie schon die letzten Male, war auch diesmal der Verhandlungssaal wieder zu klein. Das hieß für die meisten von uns: draußen warten. Plötzlich Rufe aus dem Gerichtsgebäude, Aufregung unter den zahlreichen Ordnungshütern: Eine Gruppe von Personen kommt auf dem Bauch robbend auf die Straße. Einer folgt brüllend: "Weiter, nicht so langsam, auf den Boden." Die am Boden kriechenden "Untergebenen" sind schon ziemlich fertig. Zwei Stockwerke haben sie schon so überwunden. Ausgangspunkt war der Gerichtssaal 2034 im Straflandesgericht Wien, wo am 30. April gleich drei Verweigerungsprozesse hätten stattfinden sollen.
Ein Grazer Totalverweigerer sitzt inzwischen seit 2. April in U-Haft.
Fortsetzung auf Seite 12

AUSSERDEM

Der 1. Mai:
Was fernab von Helmut Zilk geschah: Wien, Graz, Westberlin, Türkei,...
ab Seite 8

Mindestlohn
ein internationaler Vergleich
Seite 14

Keinen Meter mehr!
GegenVerkehrs-Demonstration
am 11. Mai in Wien
Treffpunkt 15 Uhr Parlament
Seite 3

u.v.a.
Impressum Seite 24

Tohuwabohu in Wien Margareten:

Rotstilzchens gruben das Kriegsbeil aus!

Am Freitag, den 27. April wurde das Kriegsbeil ausgegraben. Grund dafür war die drohende Räumung des Rotstilzchens. Mehr dazu auf Seite 7.

Drogentherapieprojekt »Ganslwirt« weiter wild umstritten

Miami Vice in der Technischen Universität

Das geplante Drogentherapieprojekt im ehemaligen Wirtshaus »Ganslwirt« in der Gumpendorfer Straße in Wien Mariahilf ist nach wie vor gefährdet. Die Situation am Karlsplatz, an dem sich zahlreiche Suchtkranke tagein tagaus treffen und aufhalten, wird auch immer schlechter. Die Direktion der nahegelegenen Technischen Universität erließ in diesem Zusammenhang in einem TU-Gebäude den Ausnahmezustand: Ausweiskontrollen, Perlustrierungen, Verfolgungen bis in die Uni-Toiletten, vollstreckt von Suchtgiftfahndern und einer privaten Wach- und Schließgesellschaft. Als Reaktion darauf, und zur Unterstützung der Forderung nach ehebaldigster Eröffnung des Ganslwirts, besetzte die HochschülerInnenschaft vorderhand vorübergehend das Rektorat.

(TATblatt-Wien; HochschülerInnenschaft an der TU-Wien)

Der VP-Bezirksvorsteher Pint versucht verstärkt die Bevölkerung gegen das Projekt Ganslwirt aufzuwiegeln, droht mit »Hausbesetzung«(!) und verspricht, daß das Ganze nur über seine Leiche verwirklicht werden könne. Sein Alternativvorschlag: Container aufstellen.

Die Gemeinde Wien will aber am »Ganslwirt« festhalten, und sei es wahrscheinlich auch nur deswegen, weil es dann zumindestens ein Alibi-Institution zur Hilfe für die Suchtkranken gibt. Denn eines ist klar: Der »Ganslwirt« *allein*, wird die Probleme der zusammen sicherlich hunderten Suchtkranken nicht lösen können.

In einer Fernsehdiskussion der Lokalsendung »Wien heute« begann selbst Smejkal der vermutlich substanzlosen Todes-Ankündigung Pints, die realen allwöchentlichen Gift-Toten aus der Karlsplatz-Szene gegenüberzulegen: »Ich gehe zwar nicht gern über Leichen, auch nicht über Ihre, Herr Bezirksvorsteher, *aber...*« Die Frage, wieviele Menschenleben ein Pint-Leben wert sind, ist offenbar salonfähig geworden.

AUSNAHMEZUSTAND AUF DER TU

Die Gebäude der Technischen Universität, vorzugsweise das sogenannte »Freihaus« (der Neubau in der Wiedner Hauptstraße 8-10) wurde in den letzten Monaten verstärkt von drogenabhängigen Jugendlichen besucht. Irgendwelche Zwischenfälle gab es keine. Lediglich die Verschmutzung einiger WC-Anlagen soll zugenommen haben. Beschwerden des Reinigungspersonals waren schließlich der Auslöser für Universitätsdirektor Schranz, mit Rücksprache in der Bundespolizeidirektion Wien einen Erlaß zu erlassen, der am 19. April in Kraft trat. Dieser beinhaltete unter anderem:

- Die Öffnungszeiten wurden auf 6—20 Uhr festgelegt (früher bis 22 Uhr). Auch Samstag ist das Freihaus nun geschlossen (bisher 6—17 Uhr offen). Außerhalb der Öffnungszeiten ist das Betreten des Gebäudes nur mehr mit Dienstausweis bzw Studi-Ausweis in Verbindung (!) mit einer Bestätigung eines Institutsvorstandes oder Abteilungsleiters möglich.
- Das Betreten der Gebäude ist nur mehr durch den Haupteingang und die Tiefgarage möglich, die anderen Eingänge, ebenso wie alle Notausgänge werden elektronisch versperrt.
- »*Verstärkte Überwachung der öffentlich zugänglichen Verkehrsflächen sowie (...) WC-Anlagen durch Bedienstete einer Bewachungsfirma mit dem Auftrag, nicht zu den Universitätsangehörigen zählende Personen, bzw Personen, die keinen Grund für einen berechtigten Aufenthalt an der TU Wien angeben bzw glaubhaft machen können, aus dem Institutsgebäude notfalls unter Zuhilfenahme der Exekutive zu weisen*«

DIE FOLGEN:
(einige bekanntgewordene Fälle)

- Studierende werden nach der Benützung der Toiletten von Bediensteten der Bewachungsfirma HEL-WACHT aufgefordert, die Ärmel hochzukrempeln
- Studierende werden während der Benützung der Toiletten (so diese Benützung der HEL-WACHT zu lange dauert) aus den Toiletten gezerrt und zur Ausweisleistung gezwungen.
- Studierende werden beim Betreten des Gebäudes zur Rechtfertigung ihres Aufenthaltes aufgefordert. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, werden sie aus dem Gebäude gewiesen. Kommen sie auch dem nicht nach, werden sie von der HEL-WACHT durch das ganze Haus verfolgt.
- Studierende werden aufgefordert, ihre Spinde in den Räumlichkeiten der Universitätsbibliothek zu öffnen und Polizeibeamten Einsicht zu gewähren.
- Auch Angehörige der Hochschülerschaft stehen nach Ende der Öffnungszeiten vor der Türe, obwohl der Gesetzgeber den uneingeschränkten Zugang zu ihren Räumen »garantiert«.

Die beschränkten Eintrittsbestimmungen beeinträchtigen freilich auch die Arbeit der Hochschülerschaft immens, die ebenfalls in diesem Haus untergebracht ist. Öffentliche Veranstaltungen sind praktisch unmöglich geworden. »Dem gesetzlichen Auftrag« nach MaturantInnenberatung, politischer und kultureller Tätigkeit kann nicht mehr entsprochen werden, verlautet die HTU. Diese Einschränkung der Möglichkeiten der Hochschülerschaft ist aber wahrscheinlich kaum eine unerwünschte Nebenwirkung der Bestimmungen. Vielmehr stehen sie in einer Reihe mit verschiedensten Maßnahmen aus der letzten Zeit, wie wiederholte Untersagung von Veranstaltungen, Umbau eines der letzten Kommunikationsräume (*Kontaktraum* des E-Institutes) in kleine Seminarräume, endlose Verzögerungen beim Wiederaufbau des ausgebrannten Kommunikationszentrums »TU-Club«, etc.

Zu Mittag des 2. Mai wurde als erste Kampfmaßnahme das Rektorat der TU vorübergehend besetzt. Weitere Aktionen sollen folgen. Die Forderung nach ehebaldigster Eröffnung des Ganslwirts wird auch von mehreren SchülerInnenvertreterInnen umliegender Schulen erhoben, die ebenfalls Aktionen in Aussicht stellen. Einige Mariahilfer SchülerInnen, die sich nicht als Begründung für Pint's Verhinderungsmaßnahmen vereinnahmen lassen wollen, drohen mit Streiks, wenn der Ganslwirt nicht eröffnet werden sollte.●

Keinen Meter mehr!

Verkehrsinitiativen vernetzen sich zum gemeinsamen Widerstand

Seit einigen Jahren eskalieren die Probleme von der Transitproblematik bis zum Stadtverkehr. Die BürgerInneninitiativen im ganzen Land beginnen mit der Demontage und Korrektur einer verfehlten Verkehrspolitik.

(Verkehrsinitiativen)

Jahrzehntelang wurden Straßenschneisen nach den schier unersättlichen Bedürfnissen der Wirtschaft kreuz und quer durch's Land geschlagen: war es zuerst die Forderung nach Transportkapazitäten für eine rasch wachsende Industrie, ist es jetzt der aufgeblähte Maschinenpark (und wohl nicht nur der) der Baufirmen, die die Betonmischmaschinen in Gang halten. Die Politiker — teilweise eng verflochten mit der Baulobby — mischen brav mit und werden damit der Verantwortung gegenüber diesem Teil der "Bevölkerung" mehr als gerecht. Die Entscheidungen über Bau bzw Nichtbau von Straßen sind also **politischer,** nicht verkehrstechnischer Natur. Voraussetzung ist der Wille zu einer auf Verkehrsvermeidung bedachten Politik, die Zuwächse nicht als schicksalhafte Ereignisse betrachtet.

STRASSENBAU — DIE SCHEINHEILIGE LÖSUNG FÜR SCHEINBARE SACHZWÄNGE

Der Osten Österreichs befindet sich in einer Situation, in der die entscheidenden verkehrspolitischen Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden müssen. Der Ausgangspunkt und die bestehenden Probleme sind zu vergleichen mit jenen Tirols vor dem Bau der Brennerautobahn.

Offenbar haben die Politiker aus dem Inntal-Desaster nichts gelernt: Die Äußerungen und Pläne der Verantwortlichen von Wien, Niederösterreich und des Burgenlandes lassen vermuten, daß für den Osten die gleiche "Strategie" zur Anwendung kommen soll. Das Motto lautet wiederum: "Straßenbau — die scheinheilige Lösung für scheinbare Sachzwänge."

Wenn Studienergebnisse dem nicht zur Gänze entsprechen, werden Änderungen von Wirtschaftsminister Schüssel — dem Auftraggeber — urgiert. So geschehen bei der Studie der Planungsgesellschaft Ost zur Verkehrsentwicklung der Ostregion, die den Bau der B301 als nicht notwendig erachtete.

AKTUELLE PROJEKTE:

- **A4 Ostautobahn:** (Parndorf bis Nickelsdorf)

SO-Umfahrung Wien:

- B301 (A21 entlang Wr. Stadtgrenze bis A4)

Stadtgebiet Wien:

- B225 (10, Raxstraße — 11, Simmeringer Hauptstraße)
- B228 (11, A4 Haidestraße — 3, A23 Abfahrt St. Marx)
- B222 (Fortsetzung der A23 über Hietzing nach Heiligenstadt entlang der Vorortelinie)

Wien Nord:

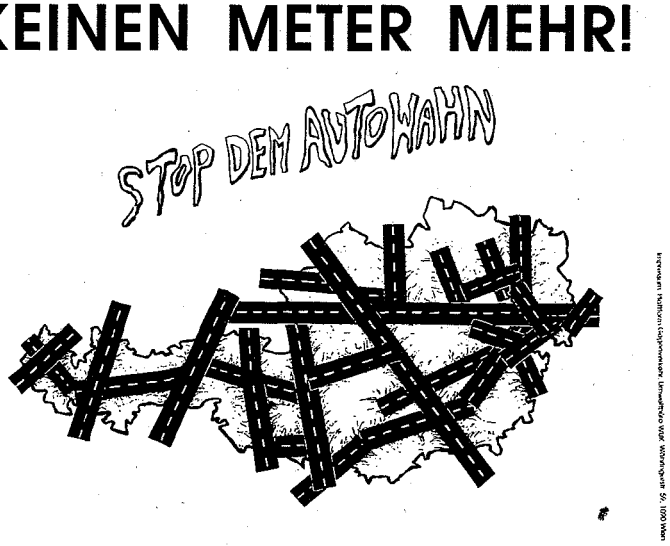
- B3 (Erzherz. Karl-Str. — Donaufelderstraße9
- B302 (Hirschstetten — Wagramerstr. — Nordrandsiedlung — Brünnerstr. — Einbindung in A22)
- B232 (Brünnerstr. bei Gerasdorf — Großfeldsiedlung — Donaufelderstr.)
- B208 (Hagenbrunn — Korneuburg — Donauuferautobahn)
- B19 (Neubau Tullner Donaubrücke)

Mittels Salamitaktik wird versucht, die Menschen gegeneinander auszuspielen und ihnen die Projekte "schmackhaft" zu machen. Diese Taktik besteht darin, durchgehende Transitrouten in einzelne, scheinbar unabhängige Projekte zu zerstückeln, ihnen zum Teil noch schöne Namen (wie "Ortsumfahrung") zu geben, um auf diese Weise deren Durchsetzung zu erleichtern. Mit der Vernetzung der BürgerInneninitiativen soll dem nun ein Ende gesetzt werden.

11. MAI, 15 UHR, PARLAMENT: DEMONSTRATION

Als einen ersten Schritt zur Durchsetzung der Forderungen organisieren die Verkehrsinitiativen eine Demonstration mit dem Titel: KEINEN METER MEHR!, an der sich 90 Verkehrsinitiativen aus ganz Österreich (und hoffentlich auch sonst recht viele Menschen, Anm. d. Tipperin) beteiligen.

Wenn schon die Politiker nichts dazugelernt haben, die Bevölkerung hat das sehr wohl, BürgerInneninitiativen leisten gezielt Widerstand gegen Straßenbauprojekte und versuchen damit ein Umdenken in der Verkehrspolitik zu erzwingen.●



UNHCR:
Internationale Flüchtlingsdaten

Daß Flüchtlingsbewegungen ein Weltproblem sind, ist keine Neuigkeit. Dennoch bleibt in Österreich gerade in den letzten Wochen und Monaten der Blick auf die internationale Dimension dieser Problematik verstellt. Im internationalen und europäischen Vergleich ist das Ausmaß der Flüchtlingswanderungen nach und über Österreich marginal.

(kontraste)

Im Jahr 1988 waren mehr als 12 Millionen auf der Flucht vor politischer Verfolgung, Naturkatastrophen, Hungersnot. Davon kamen lediglich sechs Prozent der Flüchtlinge nach Europa. Die strengen Einwanderungsbestimmungen in die USA schlagen sich am geringen Anteil an den AsylwerberInnen von elf Prozent nieder. Wie die Tabelle rechts oben zeigt, finden die stärksten Flüchtlingsströme jedoch in Afrika und Asien statt.

Von den rund 700.000 auf Europa entfallenden Flüchtlingen befinden sich 500.000 in den sechs reichsten Ländern der EG. In Österreich liegt das Verhältnis von AsylwerberInnen zur Einwohnerzahl mit 0,21 Prozent im europäischen Durchschnitt.

Die gesamte Anzahl an Asylanträgen in Europa ist gestiegen: von 13.000 im Jahr 1972 über 160.000 im Jahr 1980 verflacht sich der Anstieg bis 1986 auf rund 200.000 Asylanträge im Jahr.

Anm.: Die Daten stammen vom UNHCR und internationalen Agenturen. Als Flüchtlinge werden hier jene Personen betrachtet, die einen Asylantrag stellen und somit dem UNHCR zur Kenntnis gelangen. ●

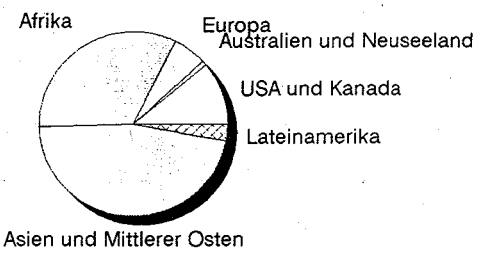
Flüchtlinge in der Welt

	Anzahl der Flüchtlinge absolut	relativ
USA und Kanada	1,353.000	11,1%
Australien und Neuseeland	91.800	0,8%
Europa	711.500	5,9%
Afrika	3,975.900	32,8%
Asien und Mittlerer Osten	5,668.400	46,7%
Lateinamerika	339.000	2,8%
Summe	12,139.600	100,0%

Quelle: UNHCR 1988 ●

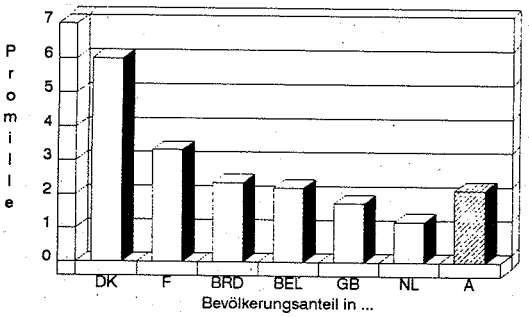
Flüchtlinge in der Welt

- 1988 -



Flüchtlinge in der EG

Die sechs reichsten und Österreich 1988



Zahl der Flüchtlinge und Bevölkerungsanteil

in den sechs reichsten Ländern der EG

Staat	Einwohner	Flüchtlinge	Bevölkerungsanteil	Anteil in Europa
Dänemark	5 Mio	30.000	0,60%	4,22%
Frankreich	54 Mio	179.000	0,33%	25,16%
BRD	62 Mio	146.000	0,24%	20,52%
Belgien	10 Mio	22.000	0,22%	3,09%
Großbritannien	57 Mio	100.000	0,18%	14,05%
Niederlande	15 Mio	18.000	0,12%	2,53%
Österreich	*7.5 Mio*	*16.000*	*0,21%*	*2,25%*

Quelle: UNHCR 1988, NIDI 1988, CBS 1989 ●

DDR:
AusländerInnenwahlrecht

(kontraste/TATblatt-Wien)

StaatsbürgerInnen anderer Staaten und Staatenlose besitzen in der DDR aktives Wahlrecht, wenn sie sich "länger als zwei Jahre in der DDR aufhalten und eine Aufenthaltsgenehmigung aufgrund eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses mit einem Betrieb oder einer Einrichtung der DDR besitzen oder aufgrund einer Aufenthaltserlaubnis ihren ständigen Wohnsitz in der DDR haben". Außerdem müssen sie das 18. Lebensjahr vollendet haben — ebenso wie DDR-BürgerInnen.

Das Wahlrecht betrifft die Wahlen auf kommunaler Ebene, wie Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen.

Sind die Bedingungen für aktives Wahlrecht erfüllt, besteht auch die Möglichkeit, von einer Partei, einer anderen politischen Vereinigung oder Organisation oder mit der geforderten schriftlichen Unterstützung für eine politische Kandidatur nominiert zu werden.

Die *kontraste*-Meldung schließt mit dem zynischen, aber für mich nicht verständlichen Schlußsatz: So sieht es jedenfalls die Verfassung und das Wahlgesetz vor. ●

KEIN AUFRUF ZUR POLITISCHEN INTEGRATION MITBESTIMMEN IST DAS ZIEL!

wir, jene politisch interessierten jugendlichen, denen die zukunft nicht völlig egal ist, sollten einen weg der kommunikation und der initiative finden,der von keinem parteiprogramm vorgegeben ist. es muß möglich sein, auch in dieser jugendpolitisch verkümmerten region einen "runden tisch der meinungen" zu gründen. wir müssen die möglichkeit schaffen, uns in ungezwungener atmosphäre treffen zu können und alle uns betreffenden probleme auszudiskutieren. bilden wir ein "diskussionsforum" der ungewohnten art — ungewohnt deshalb, weil wir absolut niemandem rechenschaft schuldig sind und weil diesem forum keine grenzen gesetzt sind.

treffpunkt: Do. 10.Mai, 19.00 Uhr, hotel post - mürzzuschlag- 1. stock, kleiner speisesaal.

aktion "diskussionsforum" ●

Gefangener der Opernballdemo weiterhin in Haft

Freiheit für Georg!

22.2.90 Anti-Opernballdemo: Zusätzlich zu den Prüglern rund um die Oper setzen die Kiebara motorisierte Trupps in der weiteren Umgebung des Karlsplatzes ein. Bei einem dieser Rollkommando-Einsätze wurde Georg gemeiert. Seither sitzt er in U-Haft, immerhin schon über 10 Wochen lang. Da er sich weigerte Aussagen zu machen, wurde ihm fast 6 Wochen lang das Besuchsrecht verweigert, also Beugehaft verhängt, um ihn zum Reden zu bringen.
Am 63. Tag seiner Gefangenschaft fand der Prozeß gegen Georg statt. Ihm wird vorgeworfen, gemeinsam mit anderen die Auslagenscheiben einer BILLA-Filiale zertrümmert und die Umstehenden dann aufgefordert zu haben, den Laden zu plündern. Weiters soll er eine Bierdose auf ein Polizeiauto geworfen haben und die ihn festnehmenden Polizisten mit einer Fahnenstange attackiert haben.

(autonome rechtshilfe; ganz leicht gekürzt)

Am Gerichtstag wurde das Gerichtsgebäude von Stapo und Alarmabteilung gesperrt. Von den 50 bis 60 ZuschauerInnen konnten nur 6 das Gebäude betreten, mit der Begründung, daß der Gerichtssaal nur über 12 Zuschauerplätze verfügt. Die Personen, die eingelassen wurden, mußten sich einer zweimaligen Ausweiskontrolle und Taschenkontrolle mit Metalldetektoren unterziehen. Die Personalien wurden beide Male in Adreßbücherl notiert. Auf die Frage einer Frau, ob es jetzt üblich sei, Gerichtsverhandlungen nur nach zweimaliger Ausweisleistung beiwohnen zu dürfen, antwortete Zander: »Wenns ihnen ned paßt, können's ja gehen.« Während der Verhandlung waren also 6 Freundinnen, 3 Journalisten und 4 Stapos im Saal. Eine Frau, die keinen Sitzplatz mehr hatte, wurde hinausgetragen.

Was das für Georg bedeutet, ist klar: Nach der wochenlangen Isolation ist das ein weiterer Versuch, ihn von seiner politischen Linie/Identität abzubringen. Sie wollten ihn um die Freude und Bestärkung bringen, 60 Menschen um sich zu haben, die zu ihm stehen.

ÖFFENTLICHKEIT — WAS IST DAS?

Noch einmal Zander: »Journalisten sind wichtiger als andere Personen.« Prozesse müssen offiziell öffentlich abgehalten werden. Wer diese Öffentlichkeit ist, bestimmt das Rechtsinstrument der Herrschenden, die Justiz, bzw die Allianz von Polizei und Justiz. Genausowenig, wie die Justiz neutral ist, sind Medien neutral, sondern vertreten ihre eigenen Interessen. Es gibt die Tendenz zur Konzentration bzw Monopolisierung am Medienmarkt. Deren Ziel ist es einerseits, möglichst viel Profit zu machen, und andererseits die Bedingungen, unter denen das möglich ist, aufrecht zu erhalten. Mittels Hetze gegen alle Menschen, die ihnen dabei im Weg stehen. Der Staat, dessen Aufgabe es ist, das Eigentum der Herrschenden zu schützen, wird von diesen Medien daher nicht prinzipiell angegriffen. Was das perspektivisch heißt: •Totale Isolation der Gefangenen • Ausschluß der GenossInnen der Gefangenen von Besuch und Verhandlungen • Der nächste Schritt wäre, daß Justiz und Polizei bestimmen, wer Journalist ist; d.h. Ausschluß von linken oder kritischen Journalisten (was de facto aber ohnehin schon passiert, beispielsweise schon durch die Vergabemodalitäten von Presseausweisen, die vom Innenministerium abgestempelt werden müssen; Anm TATblatt) •Das heißt überhaupt Ausschluß von linker Öffentlichkeit. Das sind Geheimprozesse, die aber über die pseudoneutrale Berichterstattung demokratisch legitimiert werden.

Die Verhandlung wurde zwecks weiterer Zeugeneinvernahmen auf unbestimmte Zeit vertagt. Georg bleibt vorläufig in U-Haft. Ein Enthaftungsantrag wurde gestellt.

SCHREIBT GEORG!
Georg Wendel, AZ 8 CE Hv 1716/90; LG f Strafsachen/Gefangenenhaus; Landesgerichtsstraße 11; 1080 Wien
BESCHWERT EUCH BEIM ZUSTÄNDIGEN RICHTER:
Dr Kahler; Telefon (0222) 48 902/1543
SPENDET AUFS RECHTSHILFEKONTO:
CA-BV 144404522/00
Kennwort Rechtshilfe
•

Vorläufige Erklärung von Georg

Ich bekenne, Teilnehmer der Demonstration gegen den Opernball 1990 gewesen zu sein.

Ich habe somit den Tatbestand der Solidarität mit einer immer größer werdenden Zahl von Menschen erfüllt, und diese darüberhinaus auch öffentlich kundgetan.

zB: mit jenen 500.000 Menschen in Österreich, die gezwungen sind, mit S 4.000,— oder weniger monatlich auszukommen.

zB: mit jenen Menschen, die gezwungen sind, Nacht für Nacht zu zweit in einer Telefonzelle am Karlsplatz zu überwintern. Alleine in Wien gibt es mindestens 10.000 Obdachlose, in ganz Österreich doppelt so viele.

zB: mit jenen, auf deren Kosten der Reichtum in den hochindustrialisierten Ländern geschaffen wird, und die gezwungen sind, in der sogenannten "3.Welt" zu verhungern.

Dazu im krassen Gegensatz steht der Opernball, Symbol der strukturellen Ungerechtigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung.

Nur ein Stockwerk und 30 Meter von diesen Telefonzellenwinterquartieren entfernt.

Lediglich dem "Treibhauseffekt" ist es zu verdanken, daß dutzenden Menschen alleine in Wien jährlich der Erfrierungstod erspart bleibt.

Zur Abhilfe ist ein neues Sicherheitspolizeigesetz geplant, daß dieselbige mit ungeheuren Vollmachten ausstattet. Wie zB dem Wegweiserecht, mit dem das Fremdenverkehrsidyll störende Obdachlose, und Menschen, »denen man ihre Abstammung ansieht«, aus der Sicht geräumt werden sollen. Weggeräumt werden aber auch all diejenigen, die gegen die, sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen protestieren, an einem Ort, wo die Verantwortlichen und Nutznießer dieser Auspressungspolitik ihre rasant steigenden Gewinne feiern.

Gewinne, die zB aus den explosiv teurer werdenden Wohnungspreisen stammen, die durch die bevorstehende Aufhebung der Kategoriemietzinsobergrenzen, in Hinblick auf die Weltausstellung und den EG-Anschluß, noch mehr durch Spekulation in die Höhe getrieben werden.

Zur Durchsetzung dieser Ausgrenzungspolitik ist fast jedes Mittel recht. Dieses Jahr hat der Angriff auf das Demonstrationsrecht eine neue Qualität ereicht:

Die Taktik, neofaschistische Schlägertrupps ungehindert DemonstrationsteilnehmerInnen attackieren zu lassen, die in Österreich blutige Tradition hat, verband sich in erschreckender Weise mit einer Gewohnheit, die erst unlängst wieder beim Besuch des selbsternannten britischen »Ausschwitzhistorikers« David Irving, traurige Berühmtheit erlangte:

Die Zusammenarbeit von Polizei und Rechtsextremen. Deren gemeinsames Vorgehen hat zum Ziel, den Protest gegen die immer schärfer werdende Repression zu ersticken. Mittels Bedrohung durch Körperverletzung und Kriminalisierung sollen Demonstrationen verhindert und Widerstand massiv unterdrückt werden. Ein Teil dieser Strategie ist meine Verhaftung und deren Umstände, sowie die Verhängung der U-Haft und die sechswöchige Verweigerung des Besuchsrechts.

Damit wird offensichtlich versucht, mich mittels Beugehaft vom Gebrauch meiner Rechte abzubringen. Dem werde ich mich nicht beugen! •

24. April — Welttag der Versuchstiere

(BekennerInnenschreiben der "Aktion 4. Oktober)

"In der Nacht vom 23. auf den 24. April 1990 wurde an der Hauptmauer des Serotherapeutischen Institutes direkt an der Triester Straße ein Großplakat folgenden Wortlautes angebracht:

'Hinter diesen Mauern werden Tiere gequält. 24. April — Welttag der Versuchstiere'

In diesem Institut werden Tiere — Hunde, Hasen und Ratten — AUSGEBLUTET! Diese Tötungsart ist für das betreffende Lebewesen mit unvorstellbaren körperlichen und psychischen Qualen verbunden, zumal keine Narkose angewendet wird."

Verantwortlich zeichnet die Gruppe "Aktion 4. Oktober"●

Fisching: Aufruf!

(TATblatt-Wien)

Während am Baugelände des geplanten Murkraftwerks bei Zeltweg im Augenblick (Bau-)Ruhe herrscht und von nicht näher definierten, angeblich in Auftrag gegebenen Gutachten die Rede ist, laufen die Prozesse gegen die KraftwerksgegnerInnen auf Hochtouren.

Am 26. April waren 40 Beklagte ("Besitzstörung") zu einem Lokalaugenschein an die Mur geladen. Hauptgegenstand der Diskussionen war eine Tafel mit der Aufschrift "Betreten verboten", die sich nach Angaben der Vertreter der STEWEAG am Baugrund befunden haben soll. Die 40 Augenpaare der Angeklagten hatten eine solche jedoch nie erblickt. Wem dieser Rechtsstaat letzten Endes Glauben schenken wird, steht noch offen.

Weiters gibt es eine große Zahl von Anzeigen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz (nicht angezeigte Kundgebung), eine Körperverletzungsklage und Schadenersatzforderungen. Gerüchten zufolge gibt es auch eine Verleumdungsklage gegen eineN ZeugIn der Situation, als P.H. von einem Bauarbeiter mit dem Auto angefahren wurde.

Weil es aber so viele Gerüchte und Unklarheiten gibt, ist es wichtig, daß sich alle, die irgendwelche Anzeigen oder Prozeßtermine im Zusammenhang mit Fisching haben, beim ÖH BOKU-Alternativreferat melden (am besten eine Kopie der Ladung/Klagsschrift schikken)! Es soll KeineR mit irgendwelchen Strafen irgendwo alleine versauern!

ÖH BOKU-Alternativreferat
Gregor Mendelstraße 33
1180 Wien
Tel: 34 25 00/661

Spenden für Besetzung und Rechtshilfe auf PSK 7629.398!!●

Dritte Welt-Solidaritätshaus: *Wien ist anders*

(ÖIE)

Was in Hamburg, Frankfurt, Stockholm und Bielefeld möglich war, konnte in Wien bisher nicht realisiert werden. Seit mehr als zwei Jahren bemüht sich der Verein Information — Solidarität — Dritte Welt um die Schaffung eines "Solidaritätshauses". Trotz wohlwollender Sympathie des Bürgermeisters konnte bislang kein geeignetes Objekt gefunden werden.

Bei verschiedenen in Frage kommenden Häusern wurden die Solidaritätsgruppen gegen die heimatlosen Ex-Aegidigasse BewohnerInnen ausgespielt — mit dem Effekt, daß beide Initiativen nach wie vor auf der Suche sind.

Die 23 Einzelgruppen, die das Projekt "Solidaritätshaus" betreiben, haben ein Nutzungs-und Finanzierungskonzept vorgelegt. Demnach ist ein Informations-, Bildungs, Kultur-und Begegnungszentrum für Seminare und Vorträge, für kulturelle Veranstaltungen und sinnvolle Freizeitangebote geplant. Erleichterte Kommunikation zwischen den Gruppen und die infrastrukturellen Möglichkeiten könnten die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in Wien verbessern.●

*Kanal*räumung

(TATblatt-Wien)

In einem offenem Brief an Kulturreferent und Landeshauptmann Ratzenböck/Oberösterreich bedauert es die Grazer Autorenversammlung, daß das Weiterbestehen des autonomen Kulturzentrums KANAL in Schwertberg gefährdet ist. (siehe Tb minus 71) Autonome Kulturzentren seien insbesondere außerhalb von Städten wichtig, sie dürften nicht an Bürokratie und Verständnislosigkeit scheitern.

Wie berichtet, ist der KV KANAL von der Räumung bedroht. Weil es nicht gelang, den KV in seiner politischen, v.a. antiklerikalen Haltung zu gängeln, soll ihm nun mit bau-, und feuerpolizeilichen Mitteln der Garaus gemacht werden.●

Tohuwabohu
ROTSTILZCHENs
gruben das Kriegsbeil aus

(Rotstilzchen)

Am Freitag den 27.4. haben wir vom Rotstilzchen das Kriegsbeil ausgegraben. Grund dafür war die mögliche Räumung des Rotstilzchen. Am 20.4.90 fand der Prozeß statt, er dauerte keine 5 Minuten, das Urteil wird schriftlich ausgefolgt. Um also auf unsere drohende Räumung aufmerksam zu machen, sammelten wir uns um 16 Uhr im Rotstilzchen. Wir legten uns Kriegsbemalung an und schmückten uns mit bunten Federn. Unter lautem Trommeln und Kriegsgeschrei stürmten wir eine halbe Stunde später aus unserem Wigwam. Etwa 150 Bullen (Bisons ?) waren mehr als verblüfft als dann 40 Indianerinnen und Indianer unter lautem Gebrüll Richtung Bacherpark stürmten. Dort angekommen wurde ein Spekulant an den Marterpfahl angebunden und umkreist. Dabei hielten unsere Kriegshäuptlinge eine kurze Rede, in der erklärt wurde, daß wir das Rotstilzchen niemals freiwillig verlassen werden. Nachdem wir den Spekulanten von seinem öden Leben erlösten und er in den "Spekulantenhimmel" einging, zogen wir weiter Richtung Einsiedlerpark. Schon im Bacherpark schlossen sich junge KriegerInnen von ausländischen Stämmen (Türkei und Jugoslawien) der Demo an. Die Bleichgesichter wußten immer noch nicht wie sie sich uns gegenüber verhalten sollten und trabten mehr als lächerlich, vor, neben und hinter uns. Einige Male wurden sie von uns eingekreist oder wir ließen ihre Späher einfach weit vor uns herlaufen. Im Einsiedlerpark angekommen wurden wir wieder von den sehr jungen ausländischen IndianerInnen freiundlich empfangen. Im Park gruben wir dann das Kriegsbeil aus und unsere Kriegshäuptlinge betonten, daß nicht nur wir vom Rotstilzchen von der Spekulation betroffen sind, sondern auch viele andere Menschen im 5. Bezirk. Unser Zug setzte sich weiter Richtung Bezirksamt Margarten in Bewegung. Viele Menschen verfolgten die Demo vom Fenster aus oder blieben verwundert stehen. Natürlich schimpften einige auf die Demo, aber ein großer Teil lächelte uns zu oder grüßte mit geballter Faust die KriegerInnen. Auf der Reinprechtsdorferstraße begannen wir dann Sprechchöre zu schreien - "Wir bleiben drin-Huck". Diese Chöre waren sehr laut und stimmungsvoll. Beim Bezirksamt legten wir das Kriegsbeil nieder und verlautbarten noch einmal, daß wir das Rotstilzchen nicht verlassen werden. Der nächste Punkt der Demo war die U-Bahnstation Pilgramgasse. Dort wurde unsere Solidarität mit dem Stamme der Pilgrams bekundet. Die Pilgrams sind nämlich einer großen Repression der Bleichgesichter ausgesetzt. Nach dieser kurzen Kundgebung bewegten wir uns wieder zurück zu unserem WIGWAM. Vor dem Hotel Alba drückten wir unseren Unmut über die immer mehr werdenden Hotels im Bezirk aus. Alles in allem war diese Aktion total super. Zu 40 wirkten die 150 Bullen neben uns total lächerlich. Durch unser Transparent (Rotstilzchen bleibt) und unser lautes auftreten konnten wir viele Menschen im Bezirk erreichen. Trotz dieser Superaktion gibt es zwei Kleinigkeiten, die wir das näxte Mal besser machen könnten: 1.) Ein Megaphon mitnehmen und 2.) Flugblätter an PassantInnen verteilen.

Wer nicht dabei war ist selber schuld. ●

DAS KRIEGSBEIL

Den 1. Mai nicht versauen lassen

Das war das Straßenfest im Einsiedlerpark

(Rotstilzchen)

Als Alternative zum jährlichen Bummelzug auf der Ringstraße und auch zum Megafest der SP im Prater, veranstalteten das Rotstilchen, das TATblatt und die autonome Stadtteilgruppe Margareten ein Parkfest im Einsiedlerpark. Mottos gab es einige:

Wir lassen uns den ersten Mai nicht versauen. Wir machen ein Fest gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Spekulation und Mietwucher.

Das Wetter hielt, die Wechsel von Kurdischen und Türkischen Gruppen mit so berühmten Bands wie B.O.R.B. (noch nie gehört; Anm des Lehautors!)(Glück gehabt! Anm eines anderen), STGB246 und "Countrysängern" war eine Eigenheit des Fests, die Kebabs der TürkInnen waren schnell aus, auch das Bier reichte kaum für die ca. 1000 Festbesucher. Transparente und Infotische machten auf unsere Anliegen aufmerksam. GenossInnen aus der Türkei berichteten Aktuelles über die 1.Mai-Demo in der Türkei.

In der Früh hatten TürkInnen im Park ein Transparent mit der Aufschrift "Ausländer raus - Gegen Überfremdung in Österreich" im Park vorgefunden. Während des Festes wurde nicht mehr gestört.

Ob es die gute Ankündigung (Plakate) oder das schöne Wetter waren, ist egal: das Fest war ein gutes Fest.●

Stalin-Bilder am 1. Mai

(Erklärung eines im Iran geborenen Genossen)

Sehr viele KollegInnen, die an 1. Mai-Feiern teilgenommen haben, wurden von meinen ausländischen KollegInnen überrascht oder enttäuscht, da sie mit einem Bild von Stalin unterwegs waren.

Die erste Reaktion von Euch wie bei SPÖ-Parteimitgliedern waren Entsetzen, Bestürzung und – einfach gesagt – der Untergang der Welt. Ich persönlich, da ich auch am Nachmittag im Einsiedlerpark beim Fest war und darauf angesprochen wurde, möchte die Gegebenheit ein bißchen näher analysieren, und es nicht so, wie RedakteurInnen und LeserInnen von K.u.K.-Zeitungen bequem und einfach machen. Um es besser verstehen zu können, sollten wir von verschiedenen sozialen und kulturellen Zusammenhängen ausgehen und versuchen, sie zu bearbeiten.

Am besten fangen wir mit den kulturellen an!

Wir sind unter patriarchalischen Gesellschaftsverhältnissen aufgewachsen, in denen nur mit Gewalt umgegangen wurde und wird ob jetzt bei den Eltern, in der Schule, auf der Straße, in den Ämtern, für das Vaterland in den Kasernen usw. Das heißt, wir haben die Gewalt als einziges Kommunikationsmittel kennnengelernt. Es geht nämlich nicht darum, daß wir, wie die beschissenen Faschos glauben, nicht imstande dazu wären, anders zu handeln, sondern unsere Staaten erlauben es nicht, da sie, die Profitgeier, sonst nicht weiterkommen können. Wem sollten dann die Befürworter der freien Marktwirtschaft ihre Waffen verkaufen, wenn wir auch die Möglichkeit hätten, zu anderen Kommunikationsmitteln zu greifen?!

Gesellschaftlich verstanden, was kann ein Stalin-Bild symbolisieren?

Die Menschen (alle meine ich) können sich bilden, können sich für etwas entscheiden, wenn sie *mindestens* 2 verschiedene Möglichkeiten zur Wahl haben. Bei uns, da es nur eine einzige Möglichkeit gibt (dank der militärischen Unterstützung der freien westlichen Industrieländer), können wir uns nur über die Massenmedien der eingesetzten Regierungen informieren. Nachdem der unterdrückte und ausgebeutete Mensch sich nicht mit der jeweiligen Lage abfinden kann, versucht er aktiv zu werden und für seine aussichtslose Lage Alternativen zu finden. Wir wissen alle, je höher der Druck im Kessel, desto stärker die Explosion.

Ich frage Euch, meine lieben FreundInnen, wie würdet Ihr reagieren, wenn Euch nur national-faschistische Massenmedien zur Verfügung stehen würden (unter Massenmedien verstehe ich Zeitungen, Fernsehen, Radio, Bücher und , wenn vorhanden, Bibliotheken)? Wie würdet ihr reagieren, wenn Staatsgelder und alle Einnahmen entweder von Metropolen oder Militär, Geheimpolizei, Polizei, Folterer und politischen Gefängnissen verschlungen würden? In einem Land, wo keine, oder wirklich spärliche Infrastruktur, zB Straßen, Post, Telefon, Krankenhäuser, medizinische Fürsorge, Energieversorgung, Trinkwasser, Kanalisation, Informationsstätten, Pension, Arbeitsschutz, Gewerkschaften, Arbeitsgesetze, Arbeitsamt, Lohnuntergrenze, Recht auf Arbeit, Arbeitsamt, Notstandshilfe, Arbeitslosengeld, Einkommensgarantie, Schulen, Kinderbeihilfe, Höchstzahl in den Klassen, Schulbus, Schulbücher, freier Zugang zu Universitäten, Stipendium, ..., aber dafür politische Gefängnisse, Folter und Todesstrafe, willkürliche Verhaftungen, willkürliche Justiz existieren. Stalin ist für diese Menschen ein Radikalreformer, der den Tagelöhnern und Subsistenzbauern eine Zuzkunft und Hoffnung garantiert und imstande ist, alles radikal zu ändern, damit sie nicht mehr Hunger und vor dem Kommen des nächsten Tages Angst haben müssen, wo sie vielleicht wieder hungrig bleiben müssen.

Wenn ich wieder einen Vergleich bringen darf: Die sozialen Dienste, die in jeder Branche hier existieren, sind uns unsichtbar. Ich habe einige wirklich zufällig hier gefunden und möchte ein Beispiel bringen: Zum Beispiel werden hier jährlich (dh regelmäßig) soziale Studien mit statistischen Wachstumsraten für einzelne Bundesländer veröffentlicht. Darin sind zB Untersuchungen über Bevölkerungs- und Arbeitsstättenstruktur, Lebensunterhalt und Ausbildung, Bevölkerungsentwicklung, aktuelle Unternehmensstruktur,sowie Einkommensstrukturen enthalten. Mit diesem Beispiel will ich keineN belehren oder behaupten, paßt Euch an. Ich weiß ganz genau, wie der Wohlstand des freien (es leben KuK-Zeitungen) Westens zustande kommt, und wer ihn finanzieren muß; aber mir geht es eher darum, zu zeigen, wovon wir ausgehen und wo wir sind.

Der Anlaß, diesen Brief zu schreiben, war erstens die Solidarität mit Unterdrückten und zweitens, um mich bei meinem Freund Uli zu bedanken. Er ist am Nachmittag bei unserem Fest im Einsiedlerpark an mich herangetreten, und hat mich nach meinen Gründen gefragt, warum ich mit einem Stalin-Bild am 1.Mai marschiert bin und nicht, so wie sein Informant, von vornhinein wie ein KuK-Leser –nach dem Motto "eh alles klar"– wissend im Hintergrund geblieben.

Zuletzt möchte ich mich sehr herzlich beim TATblatt für die Veröffentlichtung dieses Briefes und bei dem/der TipperIn für Korrektur und unbezahlte Arbeit bedanken. Mein Name ist der Redaktion bekannt und ich hoffe auf Eure Reaktionen, natürlich negative.

ein Anarchist...●

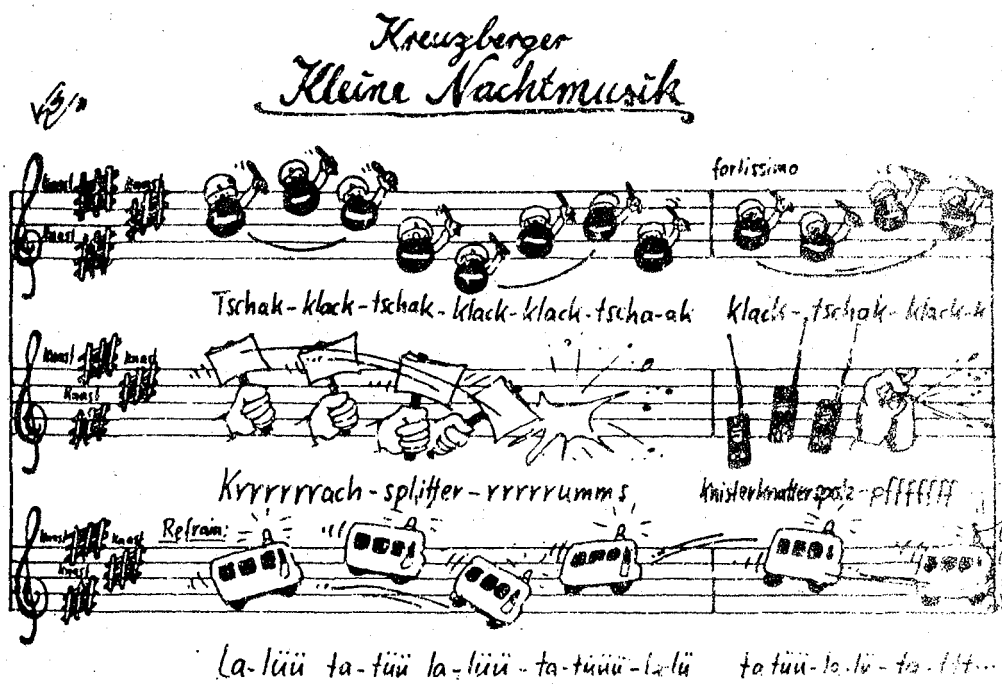
1. Mai in Westberlin

(TATblatt-Wien, telefonische Gespräche)

In Westberlin kam es am 1. Mai auch heuer wieder zu gewalttätigen, von langer Hand vorbereiteten, Angriffen der Polizei. Der Boden wurde schon Tage vorher von den bürgerlichen Zeitungen aufbereitet, die eine Hetze gegen die revolutionäre 1. Mai-Demo und das geplante, aber freilich untersagte revolutionäre Stadtteilfest, das diesmal nicht am Lausitzer Platz, sondern auf dem Gelände des ehemaligen Görlitzer Bahnhofs (derzeit eine Gstettn, die zu einem Park umgebaut werden soll), stattfand. Die »taz« rief sogar auf, zuhause zu bleiben.

Doch auch von Seiten der DemonstrantInnen gab es intensive Vorbereitungen, mit Informationsveranstaltungen und vielem mehr.

Und so setzte sich die revolutionäre 1. Mai-Demo wie geplant um etwa 13 Uhr in Bewegung. Mit dabei diesmal erstmals ein »Kinderblock«, in welchem Eltern und Kinder mitgingen, die ihr Demonstrationsrecht auch entgegen den Erfahrungen mit den staatlichen Streitkräften, und entgegen der medialen Hetzpropaganda durchsetzen wollten. Eine von der Hauptstadt der DDR (also aus Ostberlin) losgezogene revolutionäre Demo mit mehreren tausend Leuten stieß ebenfalls dazu, und beteiligte sich am Demozug, der zum Görlitzer Bahnhof zog. Das Fest verlief bis in den frühen Abend ohne Zwischenfälle. Um 20 Uhr häuften sich jedoch die Polizeiprovokationen zusehends. Wannen (Mannschaftswagen) rasten heran, bremsten quietschend, fuhren weiter, kamen wieder zurück, bremsten quietschend, und so weiter. Ein Hubschrauber überflog ständig das Festgelände im Tiefflug. Die Situation wurde angespannt und stressig. Und irgendwie begannen schließlich die Auseinandersetzungen. Die Polizei vertrieb die Leute, die Kämpfe verlagerten sich in die Straßen Kreuzbergs. Plünderungen dürften, unseren Informationen nach, keine stattgefunden haben. Der Polizeieinsatz forderte unzählige Verletzte und 140 Festnahmen (Zahlenangabe nach Zeitungsmeldungen). Unter den Festgenommenen befinden sich viele türkische Jugendliche, die ziemlich gut organisiert an der Demo teilgenommen hatten.



Türkische Personen sind in Westberlin einer immer grasser werdenden AusländerInnenhetze und tätlichen Angriffen von faschistischen Banden ausgeliefert. Zur Gegenwehr organisieren sich immer mehr TürkInnen in Gruppen, die sich tatkräftig, und auch ziemlich erfolgreich wehren. In Kreuzberg wagen die Faschistenbanden kaum mehr, Aktionen durchzuführen.

Die bürgerlichen Medien versuchen die organisierten TürkInnen, und im Rundumschlag die TürkInnen überhaupt, zu kriminalisieren. Gesetzgeber und Polizei kriminalisieren sie de facto. Fast jeder beliebige Vorfall kann als Abschiebegrund herangezogen werden. Für die Festgenommenen der 1. Mai-Demo besteht akuteste Gefahr.

Genauere Informationen, insbesondere Stellungnahmen, Analysen, und Nachbereitungs-Papiere aus Westberlin liegen bislang noch nicht vor. Unser Wissensstand gründet sich derzeit nur auf Telefongspräche mit Westberlin. Wir hoffen, bis zum nächsten TATblatt ausführlicheres Material zu bekommen.

Auch in anderen Städten Westeuropas gab es gewalttätige Angriffe der Polizei. So etwa in Zürich, wo eine Demonstration von fünf- bis zehntausend Leuten, die sich mitunter gegen den Bespitzelungsskandal richtete, mit Tränengas und Gummigeschossen aufgelöst wurden, nachdem das Konsulat der faschistischen Türkei angegriffen worden ist. Brutale Straßenkämpfe gab es freilich auch in Großbritanien, wo der 1. Mai von Staats wegen nicht begangen wird. Von überall dort, haben wir aber noch überhaupt keine Informationen.●

Erster Mai in Graz

An die 500 Menschen fanden sich am 1. Mai um 10.00 Uhr zu einer von 17 Gruppierungen veranstalteten Demo ein.

(Autonome Graz)

Da die steirische SP es vorzog, heuer mit BK. Vranitzky den 30. April zu feiern und zum 1. Mai nach Wien zog, entschlossen sich die sozialistischen Jugendorganisationen zusammen mit anderen Gruppen den 1. Mai auf eigene Faust zu feiern.

Vom Griesplatz bewegte sich die Menge durch die Herrengasse vorbei an verwunderten SpaziergängerInnen zum Grazer Hauptplatz und zumindest akustisch war die Demo ein voller Erfolg.

Vor dem Rathaus war alles für ein Fest "im Sinne der Jugend" organisiert. Auf langweilige politische Reden vom Podium wurde weitgehend verzichtet, dafür waren alle "namhaften" Organisationen durch Infostände vertreten.

Wir waren nicht bereit, den Aufruf zur Demo zu unterstützen, entschlossen uns aber, uns mit einem eigenen Aufruf dieser Demo anzuschließen. Unser Haufen zog viele Augen und Ohren auf sich. Vielleicht weil wir alle in Schwarz waren, oder wegen des schwarzen Transparents — "ANARCHIE ist machbar Herr und Frau NachbarIn" — oder wegen der Schwarzroten Fahne — die für die Fahne Nicaraguas gehalten wurde — oder auch weil wir alle übertönt haben?

Durch die bunte Mischung aus Kindern, Jugenlichen und "alten KämpferInnen" hob sich diese Demo von ähnlichen Veranstaltungen angenehm ab. Von revolutionär — was immer das ist — noch keine Spur, aber alle hatten ihren Spaß.●

1.Mai in der Türkei

Der Faschismus zeigt sein Gesicht

Die Ereignisse am 1.Mai dieses Jahres in Istanbul und anderen Städten und Gebieten lieferten wieder einen klaren Beweis dafür, daß von einer Demokratisierung in der Türkei überhaupt nicht die Rede sein kann.

(Flugblatttext des Solidaritätskomitee "1.Mai"Das Komitee wird aus Gruppen aus der Türkei, aus Kurdistan und aus Österreich gebildet)

In der Türkei sind Kundgebungen und Demonstrationen der linken Opposition verboten. In Gaziantep, Urfa, Erzincan, Bursa, Adana, Izmir, Diyabakir, Ankara, Istanbul usw. wagten sich an diesem 1.Mai trotzdem wieder tausende Menschen auf die Straße, um öffentlich ihre Rechte einzufordern. Die Polizei des türkischen Faschistenstaats ging mit Knüppeln, Panzersperrwagen und Militärhubschraubern dagegen vor und schoß in die Menge. Es gab unzählige Verletzte und Schwerverletzte. Eine Frau (Gülay Beceren) wurde durch die Angriffe der Polizisten gelähmt. Ein Mann übergoß sich in Diyabakir aus Protest gegen den faschistischen Staatsterror mit Benzin. Allein in Istanbul wurden 18.000 Polizisten eingesetzt, um Kundgebungen und Demonstrationen zu verhindern. Dazu kamen 6.000 Angehörige von Sonderkommandos des Militärs. Eigens aus Westdeutschland importierte scharf ausgerichtete Hunde kamen zum Einsatz. Allein bis zum späten Nachmittag gab es in Istanbul rund 4.000 Verhaftungen. Journalisten, die Verletzte in Krankenhäusern besuchen wollten, wurden nicht zu ihnen gelassen und zum Teil selbst verhaftet. Auch das Militär ging gegen die Volksmassen vor.

Es ist kein Wunder, daß in den österreichischen Medien kaum bis gar nicht über die Vorfälle in der Türkei am 1.Mai berichtet wurde. Kam doch erst vor kurzem Kovarnik, ein Mitarbeiter des österr. Innenministeriums von einer Türkeireise mit folgenden Meldungen zurück:

1) Es gäbe keine Diskriminierung der Kurdinnen und Kurden — bei einer massiven Vertreibungspolitik und täglichen brutalen Überfällen auf kurdische Dörfer durch die türkische Armee.

2) Eine Verfolgung von Gewerkschaftsfunktionären gäbe es nicht — das obwohl Gewerkschaftsverbände seit Jahren verboten sind und unzählige Mitglieder im Gefängnis sitzen und zum Tode verurteilt worden sind.

Es ist geradezu ein Hohn, wie in diesem Bericht die repressiven Bedingungen, unter denen Menschen in der Türkei leben müssen, verharmlos bzw. geleugnet werden.

Doch betrachtet man die hervorragenden Beziehungen der österr. Wirtschaft mit der Türkei, so wird es ganz klar, daß ein Verschleiern der realen Verhältnisse in diesem Land im Interesse der dort zu holenden Profite sind: Firmen wie Swarowsky, die Veitscher Magnesit-Werke, die Steyr-Daimler-Puch und die VÖEST holen sich Millionen-Gewinne in der Türkei und haben natürlich ein Interesse daran, daß das so bleibt und die Völker der Türkei von diesem faschistischen Staat weiterhin niedergehalten werden.

Ein zweiter Grund für diese Lügenpropaganda über eine angebliche Demokratisierung in der Türkei ist der, daß laufend AsylwerberInnen aus der Türkei abgewiesen werden können, da es ja keine Verfolgungen mehr gäbe. Auch die Einführung der Visumpflicht für türkische StaatsbürgerInnen wird u.a. so "gerechtfertigt".●

Es lebe der 1. Mai

YAŞASIN BIR MAYIS

Aktionen in Wien gegen Repression in der Türkei: 11 Festnahmen

Rund 250 Personen nahmen an einer Demonstration gegen die Unterdrückung der 1. Mai-Veranstaltungen in der Türkei statt. (Wir dokumentieren das Flugi dazu — siehe unten.) 50 Meter vor der Botschaft endete die Demonstration — vor den Tretgittern der Polizei. Bei einer nachfolgenden Aktion wurden Scheiben der Botschaft zertrümmert und Farbbeutel geworfen.

(TATblatt-Wien)

Im Zusammenhang mit der Aktion wurden elf Personen etwa zehn Minuten später festgenommen, davon zehn Personen aus der Türkei und Kurdistan, eine Person mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Eine Person wurde bis 18 Uhr festgehalten, die anderen relativ kurzer Zeit freigelassen.

Wie üblich kooperiert die österreichische Polizei mit dem Faschistenstaat Türkei: zwei Personen wurden von den Kieberern in die Botschaft verfrachtet. Nach einer Gegenüberstellung mit Botschaftsangehörigen wurden dort ihre Personalien aufgenommen und an die Botschaft weitergegeben.●

Aktion für Tropenholz-Boykott

Am 20.April setzten die Umweltschutzorganisation Global 2000 und DemonstrantInnen aus Graz mit einer spektakulären Aktion beim Fenster-und Türenerzeuger Gaulhofer (Übelbach, Steiermark) einen weiteren Schritt in der Anti-Tropenholz-Kampagne zur Information der österreichischen KonsumentInnen.

(TATblatt Graz)

AktionistInnen von Global 2000 erstiegen den Turm des Firmengebäudes und forderten mit einem 30 Quadratmeter großen Transparent, auf die Verwendung von Tropenholz zu verzichten. Zur gleichen Zeit erklärten die UmweltschützerInnen mit einer symbolischen Blockade des Werktores und der Besetzung eines Tropenholzstapels, daß sie nicht bereit sind, sich mit Österreichs Mitverantwortung an der Zerstörung der tropischen Regenwälder abzufinden.

Die Firma Gaulhofer, mit 1500 m^3 Österreichs größter Anwender von tropischen Hölzern, wurde als Aktionsziel gewählt, nachdem die Firmenleitung bei mehrmonatigen Gesprächen bereits im vergangenen Jahr versprochen hatte, "alles ihr mögliche zu tun", um die Verwendung tropischer Hölzer zu stoppen. In mehr als 4 Monaten war es ihr allerdings nicht möglich, mehr als nur "darüber nachzudenken, im neuen Katalog keine Rothölzer mehr anzubieten". In dieser Zeit haben zwei namhafte österreichische Fenster- und Türenerzeuger bereits den Ausstieg aus der Verwendung von Tropenholz vollzogen.

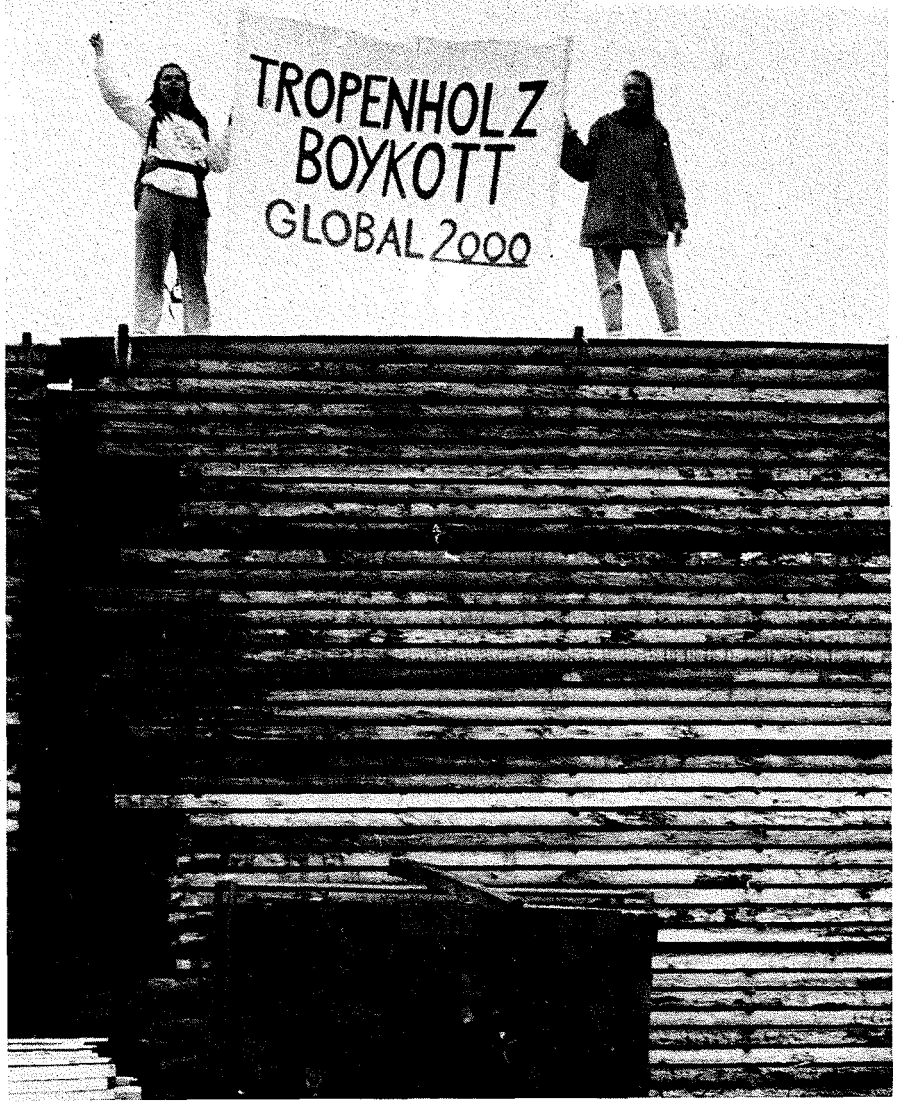
Nach ungefähr 2 Stunden Blockade kam es zu einem Gespräch mit dem Firmeninhaber, der permanent seinen persönlichen guten Willen bekundete, jedoch immer wieder einräumte, daß er mit einem Tropenholzimportstop seiner Firma 600 Arbeitsplätze gefährde. Die bundesdeutschen Abnehmer würden die gesamten Aufträge zurückziehen, könne er sie nicht auch mit Tropenholz versorgen. Deshalb sei ein Importstopp kurzfristig nicht möglich. Da der Anteil des Tropenholzes am gesamten verarbeiteten Holz bei unter 20 % liegt, kann er es sich längerfristig schon vorstellen, wenn sich die öffentliche Meinung geändert hat — sprich keine Nachfrage mehr besteht. Der geschäftstüchtige Firmenchef will aber keine Initiaven setzen, betont, daß er die Meinung der UmweltschützerInnen bezüglich der Regenwaldproblematik teile und überhaupt sind die deutschen Abnehmerfirmen schuld.

Vor laufenden Kameras verspricht er ein Treffen zu initiieren, zu dem seine deutschen Handelspartner und VertreterInnen von Global 2000, die Forst-, und Wirtschaftsfachleute beiziehen wollen, eingeladen werden sollen.

Mit der "Boykottiert Tropenholz"-Aktion wendet sich Global 2000 verstärkt an das Verantwortungsbewußtsein der KonsumentInnen beim Einkauf. Martin Frimmel, Regenwaldexperte von Global 2000 dazu:"Österreich macht sich durch den Import von Tropenholzprodukten im Wert von 400 Mio. Schilling jährlich an der Regenwaldzerstörung mitschuldig. Es liegt nun an allen österreichischen KonsumentInnen, den dringend notwendigen Ausstieg aus der Tropenholzanwendung zu beschleunigen."

Die gesetzliche Grundlage soll nun der am 24.April konstituierte parlamentarische Unterausschuß zur Behandlung des Regenwaldmemorandums schaffen. Dieses Memorandum fordert unter anderem den sofortigen Tropenholzimportstopp und Umweltverträglichkeitsprüfungen für Entwicklungshilfeprojekte und österreichischen Industrieansiedlungen in Ländern der Dritten Welt.●

Foto: Martin Schitter



Großbritannien:

Embryonenforschung

(TATblatt-Wien)

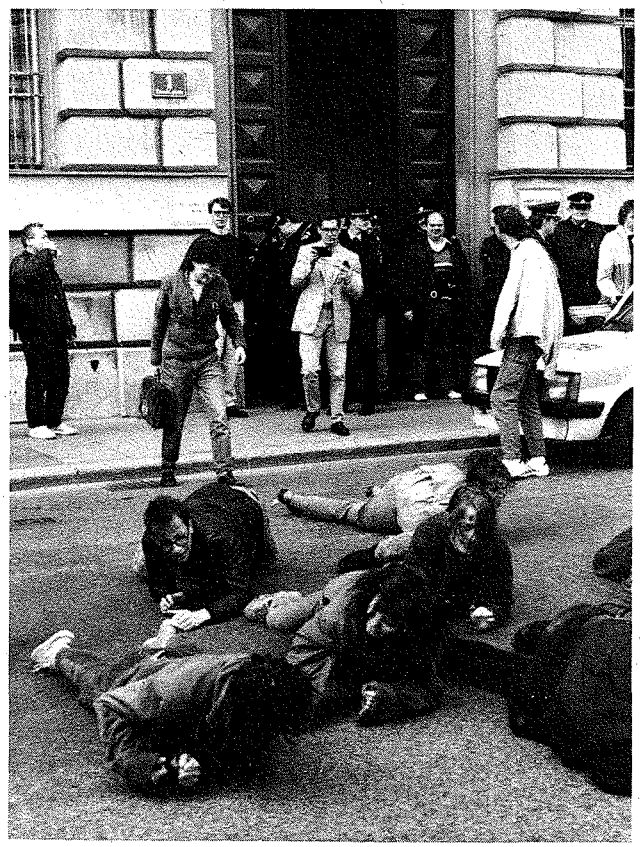
Das britische Unterhaus hat in der letzten Aprilwoche ein Gesetz beschlossen, das Forschung an menschlichen Embryonen bis zu 14 Tage nach der Befruchtung erlaubt. Der Gesetzesentwurf wurde damit argumentiert, In-Vitro-Befruchtung (künstliche Befruchtung außerhalb des Körpers) weiterentwickeln zu können und "Abnormalitäten in der Frühentwicklung" erfassen zu können. Der Entwurf wurde mit 364 Pro- und 193 Contra-Stimmen verabschiedet.●

AntimilitaristInnen robben durch die Stadt

Prozesse gegen Totalverweigerer (Fortsetzung von Seite 1)

(TATblatt-Wien)

Zwei der Prozesse betrafen Verfahren, die schon einmal stattgefunden haben. Damals endeten sie wegen nicht erscheinen nach dem Einberufungsbefehl mit bedingten Verurteilungen. Für diesmal waren unbedingte Strafen zu erwarten. Krankheit der beiden zu Verurteilenden, ließen die Verfahren jedoch platzen. Pikanterie am Rande: Der 30. April war ganz bewußt als Prozeßtermin angesetzt, denn der nächste Einberufungsbefehl hätte so sofort wieder zugestellt werden können, und ein neues Verfahren wäre fällig gewesen.



Ein Prozeß hat dann tatsächlich stattgefunden, und zwar ein ganz spezieller: §58 Zivildienstgesetz: Nicht Erscheinen an der Dienststelle nach Zuweisung zu einer Einrichtung mit Strafandrohung bis zu einem Jahr. F. verweigert den Zivildienst.

Nach Eingliederung des Zivildienstes in die umfassende Landesverteidigung sei der Zivildienst ein Heereshilfsdienst, eben ein Handlangerdienst fürs Bundesheer geworden. (Die Zuweisung erfolgte übrigens zum Roten Kreuz, über deren militärische Methoden ein eigener Artikel herhalten müßte) Richter Zimmermann nimmt solche Erklärungen während des Prozesses kaum wahr, und zieht den Prozeß in aller Kürze durch. Er scheint zufrieden, die Sache schnell und ohne gröbere Komplikationen hinter sich bringen zu können. Immerhin warten vor dem Gericht über zweihundert Leute mit Transparenten, Kochtöpfen und anderen Lärmgeräten auf den Ausgang der Verhandlung. Die Räumung des wieder einmal viel zu kleinen Saales war dennoch nur Routine. (Die ersten, die den Saal betreten dürften, waren natürlich Staatspolizisten in Zivil, die hatten sogar einen eigenen Schlüssel; mit den Rechtspraktikanten und allerlei anderen wichtigen Adabeis war der Saal dann eh schon voll). Ob es die fehlenden Präzedenzfälle waren oder die anwesenden DemonstrantInnen (eher nicht) oder welcher Grund auch immer, das Urteil fiel bemerkenswert aus: 6000 öS bedingt auf drei Jahre. Erstens nur eine Geldstrafe, und nicht einmal unbedingt. Auch der Staatsanwalt erhob überraschender Weise keinen Einspruch und ging nicht in Berufung.

Im ersten Moment klingt das zwar ziemlich gut. Allerdings liegen die Dinge bei Zivildienstverweigerern nicht anders als bei Wehrdienstverweigerung. Der nächste Zuweisungsbescheid kommt bestimmt. Bis Juni dürfte es sich nicht mehr ausgehen, aber im Oktober 90 dürfte dann der nächste Prozeßtermin anstehen. Und dann gehts bestimmt härter zu. Auch hier wird bei konsequenter Verweigerung zuerst eine Unbedingte, und dann eine Haftandrohung folgen.

Wenn schon das Gericht angesichts fehlender Präzedenfälle etwas Ratlosigkeit herrschte, so konnte die Polizei in den folgenden zwei Stunden in komplette Verwirrung beobachtet werden. Nach dem Prozeß wurde zunächst aus dem Gerichtssaal bis auf die Straße gerobbt. Das ließ die Polizei noch relativ cool. Als sich dann spontan eine Demonstration oder mobile Kundgebung oder was auch immer bildete, mit anderen Worten: Als sich ca. 200 Personen kreuz und quer durch die Stadt bewegten und unter Mißachtung sämtlicher Verkehrsregeln den Stephansplatz ansteuerten, waren die Ordnungshüter ratlos bis kaum vorhanden. Nachdem der erste Polizist, der sich in den Weg stellte nur sein Käppchen einbüßte, sonst aber nichts erreichte, begnügten sich Polizei und Stapo damit eine Art Begleitschutz zu spielen. Am Stephansplatz wollte polizei dem lärmenden Spektakel ein Ende machen, auch Flugblätter waren bis dahin für deren Geschmack anscheinend genug verteilt worden. Eine Polizeikette riegelt zuerst die Kirche von links ab, dann dieselbe Kette dieselbe Kirche von der anderen Seite. Es schlägt fehl. Wir hätten hingehen können, wo immer wir wollten. Fehlt es der "Wiener Szene" schon an Spontanität, so hat sie immer noch genug davon, um die Polzei gehörig zu verwirren. Die Überraschung darüber war so groß, daß man/frau (vor allem Mann) glaubte, ein Plenum einberufen zu müssen, um zu klären was man/frau denn nun plötzlich alles tun könnte, was prompt mit der Auflösung unserer Veranstaltung endete. Schade, denn so eine gelungene Aktion hätte ein besseres Ende verdient gehabt.

Wer sich in Zukunft engagieren will, oder bezüglich seiner eigenen Verweigerung Informationen braucht, die/der kann sich eine der folgenden Adressen aussuchen:

- Jeden Dienstag 18.00 Uhr: Treffen der Gruppe für Totalverweigerung
  1010, Schottengasse 3a/I/59 / 535 91 09
- Alle 14 Tage (nächstes am 18.5) um 17 Uhr trifft sich das Personenkommitee für Armeeabschaffung und Friedenspolitik (PAF) im Kontaktraum des E-Tech. Instituts. (Gushausstraße, 6.Stock; 533 12 38)

PS: Die geschilderten Fälle sind keine Einzelfälle. Allein in Wien befinden sich ständig 7-10 wehrunwillige Personen in Untersuchungshaft. ●

2 Monate Haft

Der 22jährige Grazer Totalverweigerer Michael Steinbauer sitzt seit 2. April wegen "Ungehorsam" in Haft.

(ARGE für Wehrdienstverweigerung)

Am 12. März kam Michael in die Grazer Friedenswerkstatt und bat um Unterstützung. Seine Argumente hiefür waren folgende:

- Er verurteilt den Krieg aus moralischen Günden und folglich auch jeden Kriegsvorbereitungsdienst. Im Zeitalter von Treibhausklima und Tschernobyl ist es unverantwortlich weiterhin Geld in den Militarismus zu investieren.
- Zivildienst sieht er als reines Ventil zur Ruhigstellung systemkritischer Menschen, bei dem durch die Ermöglichung eines Sozialdienstes von einer kritischen Auseinandersetzung abgelenkt wird.
- Er lehnt jeden Zwangsdienst ab.
- Er sieht in der Totalverweigerung (TV) das für ihn effizienteste Mittel der Verweigerung von Militarismus.

Um ihm die Tragweite seiner Verweigerung begreifbar zu machen, wurde er in der TV-Gruppe Wien mit deren Hafterfahrungen konfrontiert.

Der nächste Punkt der Vorbereitungsphase war die Kontaktaufnahme zu steirischen Politfunktionären (VP, SP und Grüne). Diese sollten während seiner Haft solidarische, oder zumindest Verständnis zeigende Statements in den Medien abgeben.

Drei Tage Mahnwache in der Grazer Innenstadt, kurze Auftritte bei Konzerten, Festen und anderen Veranstaltungen, bei denen er um breite Unterstützung während seiner Haft bat, sowie die Teilnahme an Anti-Bundesheer-Personenkomitee-Treffen beinhalten den Schwerpunkt Motivation.

DER TAG X

Am 2. April leistete Michael seinem Einberufungsbefehl Folge. Ab 9 Uhr versammelte sich eine Solidaritätsgruppe von ca. 50 Personen (inkl. Stapos und Polizisten) vor der Einfahrt der Kirchnerkaserne, um gegen die drohende Inhaftierung zu protestieren. Über sechs Stunden versuchte das Militär ihn von seinem Vorhaben abzubringen, bevor er den ersten Befehl verweigern konnte. Er wurde zur Überprüfung seiner physischen und psychischen Tauglichkeit in das Heeresspital eingeliefert, wo ihm jedoch volle Tauglichkeit bestätigt wurde. Michael wurde inhaftiert und trat in Hungerstreik. Am 3. April wurde er in das Landesgerichtliche Gefangenenhaus in U-Haft überstellt.

Für den "kurzen Ausflug" zum Militär war das Medienecho und das vorherige Gespräch mit dem Kommandanten überaus wertvoll. Michael wurde wie ein rohes Ei behandelt, er durfte sogar telefonieren.

UNTERSUCHUNGSHAFT UND HUNGERSTREIK

Von Beginn an erfuhr Michael eine "Sonderbehandlung". Bei einer Belehrung über seinen Hungerstreik erklärte der Arzt, daß "jeder, der die Zwangsernährung per Schlauch einmal genossen, freiwillig wieder gegessen hat". Nachdem er in der ersten Woche eine Gesprächsbasis mit den Mithäftlingen fand, gab es in der zweiten Woche ein großes Verständigungsproblem, da keiner seiner neuen Mithäftlinge deutsch sprach, dieser Zustand hielt bis zur Verhandlung (Zufall?).

Bücher, sowie Schreibzeug wurden ihm mit einwöchiger Verspätung ausgehändigt.

DER PROZESS

Am 18. April fand im Landesgericht Graz die Verhandlung gegen Michael statt. Zu Beginn des Prozesses brach Michael seinen Hungerstreik ab. Er erklärte den Beginn seines Bewußtseinsbildungsprozesses mit einem längeren Philippinen-Aufenthalt, bei dem er als Statist für Kriegsfilme mitwirkte und teilweise mit dem Bürgerkrieg in Berührung kam, und sich dabei erstmals die Frage nach seinem Wehrdienst stellte.

Vom Richter wurde ihm vorgeworfen, daß die TV doch eine sehr persönliche Entscheidung sei, Michael jedoch sehr schnell an die Öffentlichkeit getreten wäre. Michael erklärte dies mit der großen Anzahl von Gewissensgefangenen, von denen die Öffentlichkeit nichts erfahre, wodurch eine Veränderung dieses Mißstandes wohl kaum erreicht wird. Als er die Ablehnung des Zivildienstes mit der Eingliederung in die militärisch dominierte Landesverteidigung begründete und für den Richter diese nicht nachvollziehbar schien, war es "unüberprüfte, unreflektierte Übernahme von Flugblattwissen". Michael gibt zu, daß die U-Haft ihn teilweise in die Knie gezwungen hat, und daß der Zivildienst für ihn nicht mehr so unvorstellbar wäre. Der Richter unterstellt, daß Michael vor die Kutsche anderer Interessen gespannt worden ist.

Der Staatsanwalt forderte eine unbedingte Haftstrafe, da Michael in "Ungehorsam verharrt". Michaels Gewissensgründe schienen dem Staatsanwalt zu wenig ausgereift. Entschuldigender Notstand lag für ihn nicht vor, da dieser am "Durchschnittsösterreicher" gemessen würde. Der sei jedoch nicht Totalverweigerer, ja nicht einmal Zivildiener.

Der Anwalt wies darauf hin, daß es bedenklich sei, wenn jemand durch die Androhung von Haft seine Einstellung zwar nicht aufgebe, aber diese nicht mehr leben würde. Michael sei einer der Steine, die eine gesellschaftspolitische Entwicklung in Gang brächte.

Michael wurde zu einer unbedingten Haftstrafe von zwei Monaten verurteilt. Richter Gärtner begründete dies mit der voraussichtlichen Tatwiederholung. Ein weiterer Grund war für ihn der "Denkprozeß", der in Michael durch die 2-wöchige U-Haft ausgelöst wurde. In der nun folgenden 6-7-wöchigen Haft sollte sich, laut Richter Gärtner dieser, "Denkprozeß" fortsetzen: Damit sich Michael vielleicht doch noch bereiterkläre, zumindest den Zivildienst abzuleisten.

Dies ist ein klarer Fall von Beugehaft, in der ein von Gewaltfreiheit überzeugter Mensch durch die Haft, unter äußerst inhumanen Bedingungen, gebrochen werden soll. Es war für Michael sicher schwer, die vielen Argumente und Sichtweisen auch im Augenblick des Druckes während der Gerichtsverhandlung, vor allem nach einem Hungerstreik, in ihrem ganzen Umfang durchzustehen. Die Gesellschaft — vertreten durch den Richter — gibt eine Schema vor, wie ein TVler auszusehen hat, wie er zu agieren hat, und was er zu denken hat. Warum muß jemand, der den Kriegsdienst verweigert, dies, wennmöglich auch rational und emotional, begründen? Ist Kriegsdienstverweigerung eine Frage des Intellektes?

SOLIDARITÄTSAKTIONEN

Auf Dauer seiner Haft findet nahezu täglich eine Mahnwache in der Grazer Herrengasse statt. Bis jetzt haben dabei ca 1500 Personen eine Solidaritätserklärung und die Forderung nach Straffreiheit für Totalverweigerer unterschrieben. Wöchentlich gibt es einen Aktionstag (Demos, Schweigemarsch ...). Zum wöchentlichen Koordinationstreffen kommen mittlerweile, großteils bis dato nicht engagierte Jugendliche, die sich auch an diesen Aktionen beteiligen.

PERSPEKTIVEN

Michael wird gegen das Urteil Berufung einlegen. Laut Information des Militärs wird er nach Abbüßung seiner Haftstrafe vorübergehend aus dem Militär entlassen.

Inzwischen haben wir von ihm erfahren, daß mit ihm im selben Gefängnis drei weitere Wehrdienstverweigerer in Haft sitzen. Es wird versucht ihre Namen zu erruieren und sie zu unterstützen. Generell sollen mit den Aktionen weitere Leute zur Totalverweigerung motiviert werden, um einen wirksamen Schritt gegen den Militarismus zu setzen.●

Mindestlohn:
Internationaler Vergleich

Die Diskussion um die Einführung eines Mindestlohn hat sich in den vergangenen Wochen zugespitzt. Der Grund: Viel zu viele Menschen sind auf Grund ihrer schlechten Einkommenssituation von Armut bedroht.

(kontraste)

Mehr als 400.000 Vollzeit-Arbeitskräfte — rund 15 Prozent aller Beschäftigten, darunter 280.000 Frauen — bekommen weniger als 10.000 Schilling brutto. Während der ÖGB für einen kollektivvertraglichen Mindestlohn eintritt, warnen Industriellenvereinigung und Bundeswirtschaftskammer, daß die Wirtschaft die zusätzliche Belastung nicht verkraften werde können. Über Vor- und Nachteile bestehender Mindestlohnregelungen gibt die nachfolgende Übersicht Auskunft.

Mindestlohnregelungen sind weit verbreitet. Es gibt sie in den USA, in der Mehrzahl der EG-Länder sowie in Norwegen, Kanada und Japan. Lediglich in der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Österreichder Schweiz und Schweden bestehen keine gesetzlichen oder nationalen Rahmenvereinbarungen über Mindestlöhne.

Es gibt sowohl **gesetzliche** als auch **kollektivvertragliche** Mindestlohnregelungen. In den USA, Kanada, Japan, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Spanien sind die Mindestlöhne gesetzlich geregelt. Ihre Erhöhung oder Veränderung muß durch die nationalen Parlamente oder durch Regierungserlasse bestätigt werden.

Anders ist die Situation in Norwegen, Belgien und Griechenland: Hier werden Mindestlöhne in nationalen Rahmentarifabkommen festgelegt, die von den Tarifparteien ausgehandelt werden. Großbritannien und Irland haben eigene Verhandlungsgremien zur Festlegung der Mindestlöhne — die sogenannten "wage councils", deren Beschlüsse dann von der Regierung bestätigt werden müssen.

Die Anpassung der gesetzlich geregelten Mindestlöhne an die allgemeine Lohnentwicklung oder die Inflationsrate erfolgt nach Ländern unterschiedlich:

- Die Erhöhung der Mindestlöhne ist entweder **fest** an die Entwicklung der Inflationsrate oder die Lohnentwicklung geknüpft wie in Frankreich oder Luxemburg;
- oder es ist gesetzlich vorgeschrieben, daß die Regierung regelmäßig über eine Anpassung der Mindestlöhne an die Lohn- und Inflationsrate berät, die Mindestlöhne aber nicht unbedingt erhöhen muß. Diese Regelung, die in den Niederlanden, Portugal, Spanien und Griechenland gilt, ist so flexibel, daß z.B. in den Niederlanden die Mindestlöhne zwischen 1983 und 1986 nicht nur nicht erhöht, sondern sogar gekürzt wurden. In den USA, Kanada und Japan steht die Mindestlohnentwicklung noch stärker im Ermessen der jeweiligen Regierungen.

In Ländern mit nationalen Rahmentarifverträgen sind die Mindestlöhne Bestandteil der Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften, wobei es auch hier Systeme gibt, in denen die Mindestlöhne tarifvertraglich fest an die Lohnentwicklungen (Norwegen) oder die Inflationsraten (Belgien) geknüpft sind.

NEGATIVBEISPIEL USA

Gerade das Beispiel der USA zeigt, daß gesetzliche Mindestlohnregelungen nicht unbedingt im Interesse der niedrigentlohnten Beschäftigten liegen müssen.

In den USA blieb der gesetzliche Mindestlohn seit 1981 unverändert. Es bedurfte langer politischer Auseinandersetzungen, um eine Erhöhung des Mindeststundenlohns durchzusetzen.

Der Mindeststundenlohn lag seit 1981 unverändert bei 3,35 Dollar. Im April 1990 steigt er nun auf 3,80 Dollar (ca. 45 Schilling) und im April 1991 auf 4,25 Dollar (ca. 50 Schilling).

Etwa acht Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Mehrheit Erwachsene über zwanzig Jahre, beziehen Stunden- oder Monatslöhne in der Höhe des Mindestlohns. Besonders verbreitet sind diese Niedriglohnarbeitsplätze im privaten Dienstleistungssektor (etwa 55 Prozent aller Mindestlohnempfänger arbeiteten 1986 dort), insbesondere in Unternehmen des Handels und Gaststättengewerbes und bei privaten Haushalten, während in der privaten Industrie etwa 33 Prozent aller Mindestlohnempfänger beschäftigt waren.

Der Verabschiedung der neuen Mindestlohnregelung war eine Diskussion vorangegangen, in der die Gegner der Erhöhung argumentiert hatten, daß eine Steigerung der Lohnkosten negative Beschäftigungseffekte insbesondere für jugendliche Berufsanfänger haben könne. Als Konsequenz wurde das sogenannte "training wage" eingeführt: ein spezieller Mindestlohn für 16-19jährige (die etwa 37 Prozent aller Mindestlohnempfänger ausmachen) in der Höhe von 85 Prozent des Mindestlohns während der ersten drei Monate.

GELTUNGSBEREICH VON MINDESTLÖHNEN

Länder, in denen es nur einen einzigen "nationalen Mindestlohn" gibt, wie in den USA und Frankreich, sind eine Ausnahme. In den meisten anderen Ländern sind Mindestlohnregelungen entweder

- ausdrücklich nur für solche ArbeitnehmerInnen gültig, die in Branchen oder Berufen ohne tarifvertragliche Lohnregelungen arbeiten (z.B. Belgien);
- es gibt unterschiedliche Mindestlöhne für Arbeiter und Angestellte (Portugal, Luxemburg, Griechenland);
- existieren regionale Variationsmöglichkeiten (Japan, Kanada);
- gilt der Mindestlohn nur für ausgewählte Branchen (Kanada, Großbritannien).

Je nach Ausgestaltung werden also unterschiedlich hohe Anteile der Erwerbstätigen von einer Mindestlohnregelung erfaßt: Während in Portugal rund 20 Prozent davon betroffen sind, beziehen in Japan nur 4 Prozent der Beschäftigten einen Mindestlohn.

HÖHE DES MINDESTLOHNS

Die relative Höhe des Mindestlohns variiert von Land zu Land. Er liegt in den USA, Kanada und Japan unter 50 Prozent, in Norwegen dagegen bei 85 Prozent des Durchschnittlohns. In fast allen Ländern gibt es einen speziellen Mindestlohn für Jugendliche, dessen Höhe zwischen 50 und 85 Prozent des Erwachsenen-Mindestlohns pendelt. In den Ländern, in denen es zunächst keine Unterscheidung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen gab, wurden diese Jugend-Mindestlöhne überwiegend in den achziger Jahren neu eingeführt.

Mindestlöhne gelten in den meisten Ländern für Voll- und Teilzeitbeschäftigte gleichermaßen, außer in den Niederlanden, wo eine Mindestarbeitszeit von 14 Wochenstunden notwendig ist, um Anspruch auf Mindestlohn zu haben.

DIE INTERNATIONALE DISKUSSION

In allen Ländern mit Mindestlohnregelungen kamen in den vergangenen Jahren Kontroversen um die Beibehaltung oder Abschaffung und die Steigerungsraten der Mindestlöhne auf. Insbesondere die Arbeitgeber traten für ihre Abschaffung ein, da diese oft nicht nur die Löhne der unmittelbar Betroffenen festlegen, sondern auch Auswirkungen auf Lohnentwicklungen in anderen Bereichen haben können. Konservative Regierungen haben mit einer zeitlichen Aussetzung der Erhöhung oder sogar der Reduzierung der Mindestlöhne auf diese Argumentation reagiert.

Im Kern richtet sich die Kritik gegen die staatliche Einflußnahme auf Mindestbeschäftigungs- und Entlohnungsbedingungen. Verweise darauf, daß un- und angelernte Tätigkeiten zu teuer würden und damit die Berufseintrittschancen von jüngeren oder weiblichen oder längerfristig arbeitslosen ArbeitnehmerInnen vermindern würden, treffen im Prinzip auch auf rein tarifvertragliche Lohnsysteme zu — und führten dort zu der Forderung nach untertariflichen Löhnen für Arbeitslose. Gesetzliche Mindestlöhne werden in vielen Ländern nicht nur als minimale Einkommensgarantie für Arbeitsnehmer, sondern auch zur Vermeidung eines Lohn-Dumpings der Unternehmer untereinander angesehen.

Auch im Rahmen der Diskussion um die Vollendung des EG-Binnenmarktes wird die Frage einer verbindlichen Mindestlohnregelung für alle EG- Länder diskutiert. Ob die in der Europäischen Sozialcharta von 1965 und im Entwurf für eine neue Sozialcharta enthaltene Forderung einer gerechten Entlohnung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den kommenden Jahren realisiert wird, ist gegenwärtig schwer abzuschätzen.

MINDESTLOHN AUCH IN ÖSTERREICH?

Die Forderung des ÖGB nach einer Einführung eines kollektivvertraglichen Mindestlohns von 10.000 wird damit argumentiert, daß rund 15 Prozent aller Beschäftigten — in der Mehrzahl Frauen — besonders niedrige Einkommen unter 10.000 Schilling brutto (oder rund 7.800 Schilling netto) beziehen.

In praktisch allen Bereichen gibt es Niedriglohngruppen. Besonders betroffen sind davon jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter und angelernte Arbeitskräfte.

Darüber hinaus gibt es ausgesprochene Niedriglohnbereiche:

- Beherbergungs- und Gaststättenwesen
- Land- und Forstwirtschaft
- Handel
- Haushaltung und Hauswartung, Körperpflege, Reinigung.

So etwa verdienen im Beherbergungswesen 40 Prozent der Beschäftigten,in der Ledererzeugung über 40 Prozent der Beschäftigten, im Bereich Körperpflege und Reinigung sogar mehr als 50 Prozent aller Beschätigten weniger als 10.000 Schilling brutto im Monat.

Wie aus dem Mikrozensus des Statistischen Zentralamtes hervorgeht, gibt es einen eklatanten Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Einkommen der Beschäftigten. Je kleiner der Betrieb ist, desto größer ist der Anteil der Niedrigverdienerinnen und -verdiener. So verdiente 1987 jede zweite Arbeiterin in Kleinbetrieben (bis vier Beschäftigte) unter 6.640 Schilling netto.

Aufgrund der negativen Erfahrungen in den USA tritt der ÖGB für einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 10.000 Schilling brutto ein. Die Höhe des Mindestlohns würde sich demnach auf rund 65 und 68 Prozent des durchschnittlichen Bruttoeinkommens belaufen.●

Unselbständig Beschäftigte nach Stellung im Beruf (1988)

Stellung im Beruf	unter öS 10.000 Brutto	in Prozent
Insgesamt:		
Frauen	280.000	24,3
Männer	130.000	8,8
zusammen	410.000	15,6
Arbeiter:		
Frauen	185.000	37,4
Männer	85.000	9,4
zusammen	270.000	19,3
Angestellte:		
Frauen	95.000	14,5
Männer	45.000	7,8
zusammen	140.000	11,4

Unselbständig Beschäftigte in Niedriglohnbranchen (1988)

Wirtschaftsklasse	unter öS 10.000 brutto verdienen in Prozent
Land- und Forstwirtschaft	30,9
Nahrungs- und Getränkeerzeugung	19,2
Textilienerzeugung	23,0
Bekleidungserzeugung	51,1
Ledererzeugung	45,3
Holzverarbeitung	16,5
Handel, Lagerung	20,7
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	39,7
Verkehr, Nachrichten	19,1
Rechts- und Wirtschaftsdienste	20,1
Körperpflege, Reinigung	55,1
Kunst, Unterhaltung, Sport	26,4
Gesundheit, Fürsorge	23,7
Haushalt, Hauswartung	34,3

Der 20. April in Berlin

20. April 1990, Adolf Schicklgrubers 101. Geburtstag. In Wien versuchten eine Handvoll Skinheads eine Antifa-Kundgebung zu stören, und wurden abgewehrt (siehe Tb minus 71). Sonst traten die Faschisten aber nicht in Erscheinung. Anders in Berlin. Wir dokumentieren die Erklärung des ANTIFA INFO-TELEFONS Berlin.

(prowo)

Seit dem 9.November 1989 organisieren die militanten Nazis aus "FAP" (Freiheitliche Arbeiterpartei), "Nationalistische Front", der "Nationalen Liste" mit ihrem Ostberliner Ableger "Nationale Alternative" und andere faschistische Gruppen zunehmend Terror und Gewalt gegen "AusländerInnen" in der DDR, gegen besetzte Häuser und Linke. Fast jedes linke Projekt in Ostberlin ist schon angegriffen worden, und auch in Westberlin häufen sich die Überfälle von rechten Schlägern auf "AusländerInnen", Linke und Frauen.

Bei Fußballspielen des FC Berlin funktionalisierten Nazis der oben genannten Gruppen Fußballfans für ihre Ziele. So auch am 24. April 1990. Nach dem Fußballspiel FC Berlin — Hansa Rostock zogen anfangs 500, hauptsächlich Jugendliche und Hooligans, unter Führung eines harten Kerns von 50 — 100 Nazis in die Innenstadt. Nachdem sie einige Reisebusse zerstört hatten, kam es zu mehreren Auseinandersetzungen mit der Volkspolizei. Mehrfach wurden während des Aufzuges ausländische Menschen und Linke angegriffen und zusammengeschlagen. Auf dem Alexanderplatz versammelten sich 300 bis 400 Nazis mit ihrem Anhang und riefen:"Deutschland den Deutschen, Ausländer raus — Sieg heil","Happy Birthday, dear Adolf","Linke raus","Schwule raus" und "feierten" den 101. Geburtstag Hitlers.

Die Volkspolizei verhielt sich passiv und zurückhaltend gegenüber den Nazis, doch ab 20 Uhr wurde von mobilisierten Antifas gegen die faschistische Parolen brüllenden Jugendlichen vorgegangen. Nachdem die Nazis eine Kneipe von Schwulen zerstört, und wiederholt Linke attackiert hatten, wurden sie von den Antifas und der Anwesenheit der VoPo vertrieben. Das war das erste Mal seit längerer Zeit, daß den Nazis in der Ostberliner Innenstadt mit selbstorganisiertem Widerstand erfolgreich begegnet wurde. Die Gruppierung der organisierten Nazis, die das ganze angeschoben hatten, verschwand nach den ersten Auseinandersetzungen in den Seitenstraßen, und versuchte die Jagd auf "AusländerInnen" und Linke fortzuführen. Auch diesen Hetzjagden wurde von Antifas mit Gegengewalt begegnet, bis der größte Teil der gewalttätigen Nazis verschwinden mußte.

In Westberlin wollten ausländische Jugendliche gegen die zunehmende rassistische Gewalt von Seiten der Rechten und anläßlich der zu erwartenden faschistischen Provokationen auf die Straße gehen. Zu einem tragischen Unfall kam es im Vorfeld der Demonstration, als ein türkischer Jugendlicher beim U-Bahnsurfen zwischen den Bahnhöfen Görlitzer Bhf. und Kottbusser Tor lebensgefährlich verletzt wurde und auf dem Weg ins Krankenhaus gestorben ist. Die Stimmung wurde zusätzlich angeheizt, da es nach Augenzeugenberichten ca. eine Stunde dauerte, bis der Verletzte abtransportiert wurde.

Verzögert durch die einstündige Sperrung der U-Linie 1 versammelten sich ab 21 Uhr mehrere hundert Jugendliche am Breidscheidplatz, um zu demonstrieren. Während der gesamten Demonstration provozierte und behinderte die Westberliner Polizei die Jugendlichen und versuchte sie am Bülowbogen einzukesseln und mit Schlagstöcken auseinanderzutreiben. Die Demonstration teilte sich danach auf, ein Teil zog zu Fuß zum Kottbusser Tor, ein anderer Teil mußte auf Umwegen dorthin gelangen.

Als sich am Kottbusser Tor mit ca. 600 Leuten wieder ein Demonstrationszug formierte, setzte die Polizei ihre Schlagstockeinsätze am Rand der Demo fort. Alarmiert durch den Auftritt der Nazis am Alexanderplatz wollten die DemonstrantInnen über den Grenzübergang Oberbaumbrücke dorthin. Daran sind sie von Grenzern und VoPos gehindert worden, worauf es zu Knüppelein und Auseinandersetzungen kam. Nach zunehmenden Provokationen der Polizei auf Westberliner Gebiet mußte sich der Demonstrationszug auflösen, danach eskalierte die Situation.

Gegen die massiven Angriffe der Bereitschaftspolizei setzten sich die Jugendlichen und KreuzbergerInnen zur Wehr. Die Wut über die genannten Provokationen entlud sich nun in mehreren Schlägereien mit der Polizei und an den Supermärkten "Penny's" und "Kaisers" in der Wrangelstraße. Leider wurden auch kleinere türkische und deutsche Geschäfte in Mitleidenschaft gezogen.

Die Westberliner Polizei verfolgt seit Monaten die ausländischen Jugendlichen mit Festnahmen und Bespitzelungen. Sie trägt die Verantwortung für die Auseinandersetzungen in Kreuzberg.

Der Widerstand gegen den staatlichen und polizeilichen Rassismus ist gerechtfertigt. Seit den Wahlen in Berlin zum Abgeordnetenhaus im Jänner 1989, über die Öffnung der Grenzen bis hin zur Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes: der Rassismus nimmt täglich zu. Das Problem ist die deutschnationale Stimmung und Politik, die sich gegen die hier aufgewachsenen BerlinerInnen anderer Nationalität und Hautfarbe richtet, sowie gegen alles, was den Herren der Vereinigung bei ihren Großmachtplänen im Wege steht: Die Rechte der ArbeiterInnen, die Rechte der Frauen, die Menschen, die sich nicht unterwerfen wollen.

Die Darstellung in der Westberliner Abendschau und der Tagesschau über die Vorfälle am 20.April und ihre Hintergründe sind grob verfälscht und irreführend.

Wir werden uns auch weiterhin gegen die faschistische, rassistische und sexistische Gewalt organisieren, zusammen mit allen Menschen, die angegriffen werden!

Schaut nicht weg, wehrt euch, greift ein!●

Aus Dänemark hat uns folgendes BekennerInnenschreiben erreicht:

Solidarität mit der Palästinensischen Revolution!

Heute, am 18.4. — der Tag nach dem Internationalen Solidaritätstag mit den politischen Gefangenen in Palästina — haben wir in mehreren Supermärkten Kopenhagens israelische Früchte zerstört.

Die Hauptslogans des Internationalen Solidaritätstages sind:

- **Schließung des Konzentrationslagers Ansar III**, wo ca 2.200 palästinensische Gefangene täglich mit brutalster Behandlung konfrontiert sind, deren Ziel es ist, die Identität und Gesundheit der Gefangenen zu zerstören.
- **Freilassung aller kranken und sterbenden Gefangenen**

Seit Dezember 1987 haben sich die palästinensischen Menschen erhoben und kämpfen gegen die systematische Unterdrückung durch den israelischen Staat. Israel versucht, den Aufstand mit Militäraggressionen, zielgerichteten Liqudationen, Tötung von DemonstrantInnen, Festnahmen, Folter, etc niederzuschlagen.

Eine der wichtigsten Waffen der PalästinenserInnen in diesem Aufstand ist der extensive Boykott gegen Israel. Aber ihr Appell zu einem internationalen Boykott wurde im großen und ganzen ignoriert und auch dänische Firmen führen weiterhin ausgedehnten Handel mit Israel, trotz seiner Verbrechen gegen das palästinensische Volk.

Der Kampf des palästinensischen Volkes gegen imperialistische Unterdrükkung ist auch unser Kampf, und wir zeigen unsere Solidarität, indem wir gegen die wirtschaftlichen Unterstützer und Handelspartner hier ankämpfen. Heute haben wir den Verkauf israelischer Früchte in 8 Supermärkten Kopenhagens gestoppt.

Der Kampf um Befreiung ist international!

FREUNDINNEN PALÄSTINAS●

Unter einer dicken, düsteren Wolkendecke liegt sie da, die Stadt. Was sollte sie auch groß anderes tun? Von einem gewaltigen, reisserischen Strom — längst gezähmt, freilich, aber was soll's — durchquert. Durch die kleinen stillen Gasserln von Wien weht ein kalter, und dennoch warmer Wind. Bloßes Schnuppern der geladenen Luft verrät das herannahende Donnerwetter.

Millionen von Männern und Frauen tummeln sich in dem riesigen Häusermeer, welches, würde es seinesgleichen suchen, recht bald fündig werden würde. Fröhliche, fantasievolle, verbohrte, hoffende, verzweifelte, leidende, leiden lassende, revolutionäre und viele andere Leute, *alle* leben sie da ihr Leben, so gut es halt geht, oder auch nicht. Sie stehen auf in der Früh, oder auch später, begehen den Alltag, sind in unzähligen Datenbanken erfaßt, und haben mitunter eine gewisse Vorstellung davon, warum sie so, wie sie sind, sind. Und während 24 Sektorenwagen der Alarmabteilung und noch viel mehr Funkstreifenwagen der Bezirksabteilungen der Sicherheitswache nach dem Rechten sehen, sehen ein paar unauffällige Wagen observierender Kriminalbeamter nach demselben. Und so heißt es auch in diesem TATblatt wieder:

Hoppala

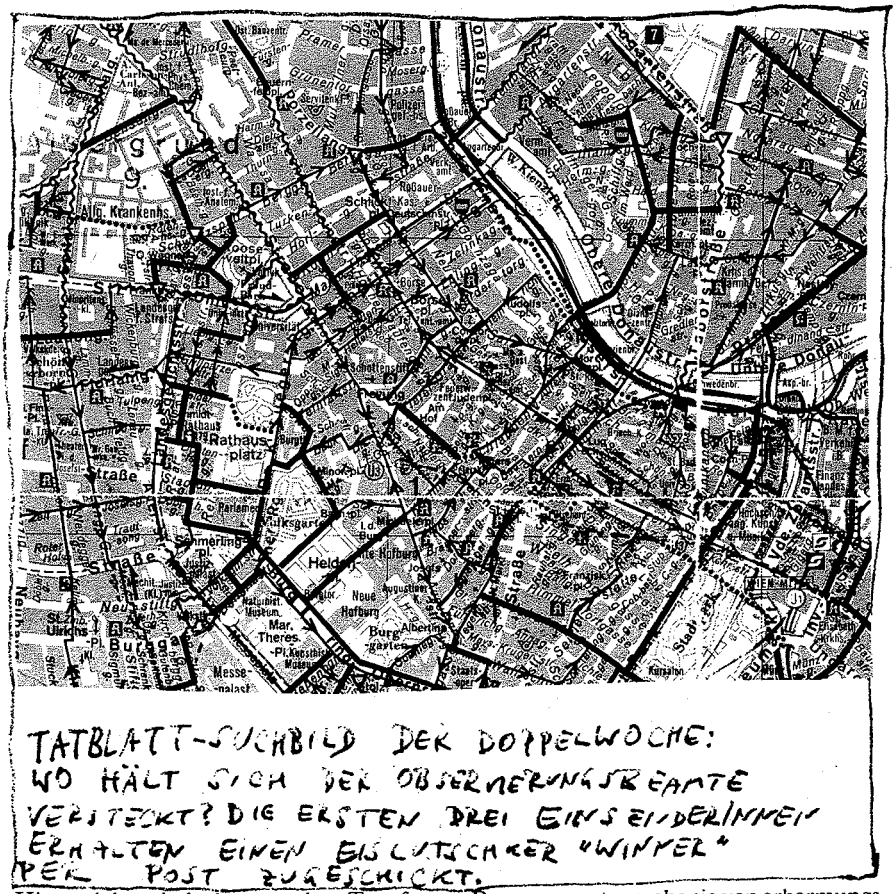
Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des

MATHIAS N.

by Nowak & Novak™ Ltd

Folge 14: Jenseits von Regen

»Das nämlich ist die Schwierigkeit.«
(Emma Goldman)



Der Observierungsbeamte in dem dreckigen weißen Auto, das die vorangegangene Bewegungsobservation aus Folge 13 begleitet hatte, und welches jetzt vor dem Beisl wartet, in das Isabella und Konrad vor gut eineinhalb Stunden hineingegangen sind, schaltet kurz die Scheibenwischer ein, woraufhin ein gewaltiger Blitz vom Himmel auf die Wienerstadt herniederzuckt, wofür der brave Staatsdiener aber nun wirklich nichts kann. In einiger Entfernung begutachtet seit ebenfalls gut eineinhalb Stunden eine unauffällige Frau unauffällig die verschiedensten Auslagenscheiben. Nebenbei wirft sie — ebenso unauffällig — den einen oder anderen Blick auf den Beisleingang. Seit mindestens fünf Minuten, seit es zu regnen begonnen hatte, überdies von der starken Hoffnung beseelt, daß Isabella endlich daraus heraus treten würde. Der Beamte, der schräg vis á vis des Beisl-Einganges steht, hat es da etwas besser. Er kann sich in einem Hauseingang unterstellen und bleibt bei weitem trockener, als seine, bis auf die Haut durchnäßt werdende Kollegin. Am angenehmsten aber hat es freilich jener Beamte erwischt, der im Beisl sitzt, und dort, beim inzwischen dritten Krügel Bier, Isabella und Konrad im Auge behält.

Der Blitz, der während der Scheibenwischerbetätigung von vorhin, von einem dumpfen lauten Donner gefolgt, auf die Stadt herniederzuckte, war wie das Startsignal, wie ein Einsatzbefehl, für einen Regenguß, der sich gewaschen hat. Die vom Himmel herniederbrausenden Tropfen werden, sobald sie auf dem nassen Asfalt der Terrag-Asdag aufgetroffen sind, erbarmungslos zurückgeschleudert — bloß zehn Zentimeter zwar, aber immerhin —, bevor sie ein zweites, letztes und endgültiges Mal auf dem Boden ankommen, um sich mit den, vor ihnen eingetroffenen Tropfen zu Lacken zusammenzutun, und sich als immer gewaltiger anwachsende Bäche in Bewegung setzen, ehe sie von erbarmungslosen Kanaldeckeln aufgesogen werden, und in den Untergrund verschwinden.

***

Ganz, ganz woanders, nämlich schon bei ihm daheim, sieht Mathias N. den Niederschlägen zu. »Achja,« sagt er niedergeschlagen und leise zu sich selbst. Aus dem

Radio krächzt irgendein Sänger aus den fünfziger Jahren vom Glück. Ein Chor hallt mitleidig, wie aus Geistermund dazu, und wird auch sogleich von der Meldung über einen Geisterfahrer auf der Südosttangente unterbrochen. Die Autofahrer sollen sich bitte rechts halten und nicht überholen. Der Radionachmittag erreicht einen seiner spannendsten Momente. In spätestens zehn Minuten wird das Programm von einer neuerlichen Verkehrsdurchsage unterbrochen werden, die entweder die Kunde vom freudigen Verlassen der Autobahn durch den Geisterfahrer, oder von Staus infolge Aufräumungsarbeiten infolge eines Verkehrsunfalls — auf der Südosttangente — verbreiten wird. Mathias schaltet das Radio trotzdem ab. Er macht vielmehr das Fenster auf, und hält seinen Kopf den Regentropfen entgegen, die ihm auch sogleich ins Gesicht schlagen. Das Wasser rinnt ihm über die Wangen, in den Hals, oder... eigentlich ist das gar nicht wahr, eigentlich stellt er sich das nur so vor, irgendwie,... Es gelingt ihm nicht, sich so weit aus dem Fenster zu beugen, daß ihn die Tropfen auch tatsächlich erreichen könnten. Grad ein ganz kleines bißchen naß wird er, ehe er wieder etwas zurückweicht und noch einmal »Achja!« sagt.

***

Der Observierungsbeamte in dem Haustor schräg vis á vis des Beisleingangs ist nicht mehr alleine. Drei Passanten, die, wie er, vor den Wetterunbillen Schutz gesucht haben, gesellten sich zu ihm. Zwei der, dem erfahrenen Beamten vollkommen unbekannten Personen stehen nur stumm herum und warten. Sie sagen kein einziges Wort. »Entweder, sie haben sich mit ihrem verdammten Schicksal abgefunden, oder sie haben erkannt, daß sie nicht die geringste Chance haben, daran was zu verändern,« mutmaßt der Beamte, während er sich eine Zigarette in den Mundwinkel steckt und anzündet. Die Sonnenbrillen nimmt er nun aber langsam ab. Es ist verdammt hart! Einer der sich zu ihm gesellt habenden Passanten — ein netter bebrillter, etwas schrullig anmutender Mann — nutzt die Fügung des Schicksals, oder von sonstwem, und versucht mit den Anderen ins Gespräch zu kommen. »So ein Regen!«, sagt er. »Jaja! Ein Sauwetter!«, gibt ihm der Beamte recht, oder will es wenigstens geben. Jedoch: »Sauwetter, das kann man nicht sagen. Alles hat seinen Sinn!« — »Ja, eh!« — »Haben Sie schon einmal über den Sinn des Lebens nachgedacht?« fragt der Mann, und rückt sich nun interessiert seine Brillen zurecht. »Oh Gott!«, denkt sich der Kriminalbeamte und liegt damit gar nicht mal so falsch — gelernt ist eben gelernt! So wenig ihm das nun folgende Gespräch auch interessiert, so wenig muß er sich die nächste Zeit über, über die Unauffälligkeit seiner Observation den Kopf zerbrechen. Der nette Mann liest ihm Passagen aus einer mitgeführten Bibel(1) vor, die billig zu verkaufen er freundlich anbietet. Ungeachtet seines Seelenheils beginnt der Observant mit dem Mann zu diskutieren, »...aber kaufen tu i nix, ka Bibel und auch kan Flakturm net! I bin nur a Beamter!« Bei alledem ist er aber weiterhin ungebrochen darauf bedacht, nur ja nicht den Sichtkontakt mit dem Beisleingang zu verlieren. Selbst dann nicht, wenn ihm der freundliche Mann ein gar besonders heiliges Bildel zeigt.

***

Seine Kollegin ist inzwischen so gut wie waschelnaß geworden. Sie begibt sich deshalb zu dem — trotz des intensiven Regens beharrlich dreckigen — weißen Auto hin. Daß sie ihren Beobachtungsposten — freilich auf Befehl des Einsatzleiters — aufgibt, ist sicherlich nicht von, im Sinne der polizeilichen Einsatzplanung, negativer Konsequenz. Vielmehr wohl überaus ratsam, schließlich wird die observiert werdende Isabella doch sicherlich auch erst eine Wetterbesserung abwarten, ehe sie aus dem Lokal herauskommen möcht'. Bei diesem Regen auf der Straße zu bleiben, so als ob es das natürlichste überhaupt wäre, bei diesem Wetter Auslagen schauen zu gehen, wäre viel zu auffällig, und hätte die verdeckte Observation mehr gefährdet als unterstützt. »Daher ist stets zu prüfen, ob nicht ein Übermaß an Polizeieinsatz zum Mißerfolg und damit gar zur Gefährdung der Einsatzkräfte führen kann«, weiß sich die Beamtin an ihre umfassende Ausbildung zu erinnern. Abgesehen von einer knappen Begrüßung beim Einsteigen — »Paß auf! Du machst ja alles naß!« — »Ach, halt's zam!«(2) —, wechseln die BeamtInnen im Auto keine Worte nicht. Sie bleiben vielmehr stumm und still sitzen und warten, und warten, und warten.

Das mit dem Naßwerden war ein kleiner Fauxpas. Den Regen hätten sie ruhig voraussehen, und dementsprechend schirmunterstützt hätten sie ihre Arbeit verrichten können. Gut genug ausgerüstet wären sie ja gewesen, wie sich's gehört. Regenschirme gehören schließlich zur Standardausrüstung von ObservationsbeamtInnen, nebst den obligaten Kleinstfunkgeräten, Pistolen samt Holster — für Spezialeinsätze auch Maschinenpistolen und Panzerwesten. Die Kleinstfunkgeräte der FußobservantInnen sind drahtlos mit einem Ohrhöhrer und einem nicht sichtbaren Miniaturmikrofon verbunden. Die Geräte zwingen die ObservantInnen, zu jeder Jahreszeit eine Jacke zu tragen, es sei denn, es fallen ihnen bessere Schmähs ein. Zur akustischen Überdeckung des Sprechfunkverkehrs wird der Tarnung halber Musik verwendet. (Schon mal aufgefallen, wie viele ganz normal aussehende Leute mit ätzendstem Walkman-Gekreische justament immer ganz in deiner Nähe in der Straßenbahn Platz nehmen? Und die dann ab und zu leise mitsingen, oder, die ab und zu den Eindruck erwecken, sie würden leise mitsingen?; Anm d Autors, der sich kurz an was erinnerte) Soweit notwendig, können die ObservantInnen auch jederzeit rasch ihr Aussehen verändern. Wendemäntel und Wendejacken, die innen und außen ganz unterschiedlich aussehen, und mit jeder Seite nach außen getragen werden können, kommen da mitunter sehr entgegen. Ebenso wie Perücken, Kopfbedekkungen und Brillen — das müssen gar nicht unbedingt die berüchtigten Sonnenbrillen sein, auch einfaches Fensterglas bewährt sich vortrefflich. Das Aussehen der ObservantInnen muß einfach immer der jeweiligen Einsatzsituation angepaßt und unauffällig sein.

Auch die, zur Observation verwendeten Fahrzeuge müssen unauffällig aussehen. Meist werden viertürige Mittelklassewagen, mitunter aber auch viel kleinere, wendigere Autos verwendet. Es sollten allerdings möglichst keine Autos sein, die von der Type her »typischen« Polizeifahrzeugen ähneln. Ebenso wie auch sein Herrl und Frauerl muß auch das Fahrzeug imstande sein, sein Aussehen zu verändern — bzw muß das Aussehen des Fahrzeuges rasch mal geändert werden können. Dies kann durch Dachaufbauten — von Schiträgern bis »Taxi«-Schildern — ebenso geschehen, wie durch verschiedene Aufkleber, Maskottchen im Inneren, und freilich auch durch das Wechseln der Kennzeichen. Diese Fahrzeuge dürfen nie zweckentfremdet eingesetzt werden und werden in, als privat getarnten, Garagen oder im Freien abgestellt.

Innerhalb des Fahrzeuges sind manch Gerätschaften, beispielsweise Funkgeräte, untergebracht. Diese Funkgeräte verfügen mitunter über komplizierte Zusatzeinrichtungen zur Sprachverschleierung mittels elektronischer Codierung. Solche Zusatzgeräte sind jedoch ziemlich schwer und teuer und gehören zumindestens heutzutage noch nicht zur Standardausrüstung von Observations- oder Fahndungsfahrzeugen. Zum Schutz vor ungesetzlichen MithörerInnen bedient sich die Polizei daher vor allem einer verschlüsselten Sprachweise mit Codeworten, die bereits vorher vereinbart werden. Oder sie verlegt sich — wenn es zu heikel wird — aufs Telefon. Einige — wenige — Observationsfahrzeuge führen bereits Funktelefone mit. Normalerweise müssen die BeamtInnen die nächste Telefonzelle aufsuchen. Zur Verwirrung von widerrechtlichen Mit-

Fußnoten:

(1) Mathäus, Markus, Lukas, Johannes, Herrgott (i.A.) u.a.: Die Bibel (Bd 1 + 2); Rom, ~100ad.

(2) »halts zam!« — mundartliche Aufforderung, a) unqualifizierte Aussagen vorderhand hintanzuhalten und doch (bitte) ruhig zu sein oder b) kurz mal die Zeitschrift für Antimilitarismus (kurz: *ZAM*; Wien-Graz, 1989ff c/o ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit) zu halten.

hörerInnen kann auch systematisch der Funkkanal gewechselt werden. Eventuell werden zur Täuschung Falschmeldungen erfunden und durchgegeben.

Ebenso zur Standardausrüstung eines Observationsfahrzeuges gehören verschiedenste optische Geräte, von Ferngläsern über Fotoapparate und Videokameras bis hin zu raffinierten Nachtsichtgeräten. Letztere ermöglichen den BeamtInnen, auch bei nahezu völliger Finsternis, zu sehen, als wäre es lichter Tag. *Infrarotgeräte* sind dazu viel zu schwer, aufwendig, und teuer, und verbrauchen auch zu viel Energie, als daß sie, so ohne weiteres, mobil verwendet werden könnten. Als viel praktischer erweisen sich da *Restlichtverstärker*. Diese ermöglichen selbst bei geringsten Beleuchtungsstärken — wie bei Mondlicht, oder bloßem Sternenlicht, oder gar nur atmosphärischen Streulichtern — Sub- oder Objekte deutlich zu erkennen und zu beobachten, indem sie das vorhandene Licht auf das bis zu Hunderttausendfache verstärken. Das Ganze funktioniert im Wesentlichen mittels einer — zumeist — dreistufigen Bildverstärkerröhre mit Faseroptikzwischenübertragern, was immer das auch ist. Die sehr schwachen Lichtsignale des, von der Eingangsoptik der ersten Bildverstärkerröhrenstufe aufgefangenen Bildes werden elektronenoptisch verstärkt auf die zweite und dritte Bildverstärkerröhrenstufe übertragen. Dadurch ergibt sich ein helles und kontrastreiches Bild auf dem Anodenschirm der letzten Stufe der Bildverstärkerröhre. Das Bild kann entweder direkt angesehen und beobachtet oder auch über eine Optik auf Film oder Magnetbänder übertragen werden.

Solche Restlichtverstärker verbrauchen fast keine Energie und erlauben daher mit ganz normalen handelsüblichen Batterien rund hundert Stunden nächtlicher Beobachtung.

Beobachtungsfahrzeuge zur Standobservation sind freilich viel reichhaltiger bestückt.

Im Schatten seiner kaputten Wanduhr steht Mathias N. am mittlerweile geschlossenen Fenster und sieht — immer noch — hinaus. »Na, so kanns ned weidagehn!«, meint er schließlich, dreht sich um und begibt sich in sein Bett — obgleich es noch hellichter Tag ist! Nur wenige Sekunden später fährt ein Kleinbus einer angesehenen Simmeringer Landbrotfabrik — wie den Werbeaufschriften am Wagen zu entnehmen ist — in die Gasse ein und parkt in mittelbarer Nähe von Mathias' Fenster.

***

»Ja freilich! Viel böse Menschen gibt's! Des brauchen's *mir* ned dazöhn! *Mir* ned! Wirklich ned! Aber was des mit de Stapo-Akten zu tun hat, was sie da jetza dazöhn, des versteh i jetz wirklich ned, i man..., i man,...« Der in eine paraexistenzielle Diskussion um den Sinn des Lebens im Allgemeinen, und — ehe er es sich versah — unwillkürlich um den Sinn *seines* Lebens im Speziellen, versunkene Beamte macht eine Beobachtung, die ihn von seinem seelenheilverheißenden Gespräch entschieden abzulenken vermag, ja ihn regelrecht ins Stottern bringt. Der freundliche bebrillte und mutmaßlich streng gläubige Mann ihm gegenüber nützt diesen Moment meuchlings aus und beginnt ein rot angestrichenes Zitat aus seiner allzeit bereiten Bibel zu verlesen. Doch der Beamte wendet sich unversehens ab. »Sie kumman außa! Richtung ah, Richtung, ah, Richtung, moment...«, flüstert er fast lautlos, ohne daß der freundliche Bibelleser es hören kann, in das Kleinstmikrofon seines Kleinstfunkgerätes. Die beiden anderen Passanten haben das Haustor schon längst — vor geraumer Zeit nämlich — in Richtung des nächsten Haustores verlassen.

***

Im dreckigen weißen Auto wird die Nachricht widerwillig aber doch entgegengenommen. »Aber es schüttet ja immer noch wie aus Fasseln. Kennan die ned warten, bis' besser wird, wie normale Menschen ah?«, gibt die Beamtin, deren Kleidung gerade damit begonnen hatte, langsam etwas trockener zu werden, mißmutig ihrem Ärger Luft. Dann packt sie einen Regenschirm und macht sich bereit, auszusteigen. Einen Moment wartet sie aber noch zu.

***

»So kann's ned weitergehn!« unterstreicht Mathias seine Feststellung von vorhin nochmals, tief unter seiner Bettdecke verkrochen. Und recht hat er damit, denn *so* wird es auch nicht weitergehen!

Bloß: Wie wird es weitergehn? Denn: WelcheR hat's schon leicht im Leben? Uns wird ja auch nix g'schenkt. Und zu allem Überfluß spitzt sich die ganze Lage auch noch immer mehr zu, und: Immer wenn du glaubst, es geht nicht mehr, kommt von nirgendwo kein Lichterl mehr! Wird es endlich Zeit sich berechtigte Sorgen zu machen? Oder ist es dazu leicht gar schon zu spät? Das, und noch vieles mehr, erfahren wir, noch ehe es auch im nächsten TATblatt wieder heißt:

***Fortsetzung folgt!**

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER
Das andere Papier.

WIEN
1020
Springerg.1
Tel.2166305

WIEN
1070
Schottenfeldg.53
Tel.964307

GRAZ
8010
Glacisstr.23
Tel.832703

LINZ
4020
Waltherstr.2
Tel.283420

LeserInnenbriefe

1) Grundlegend falsche Standpunkte im Interview mit Karam Khella (Teil 2)

Teil 2 des Interviews läßt sich im wesentlichen reduzieren auf die These von der angeblichen "Organischen Interessensidentität von Nazis und Zionisten".

Der unhaltbaren, völlig undifferenzierten Verabsolutierung des Zionismus, seiner Gleichsetzung gar mit dem deutschen Faschismus müssen einige Tatsachen über die Entwicklung der zionistischen Idee entgegengehalten werden. Grob lassen sich dabei drei Phasen feststellen, die natürlich auch Überschneidungen haben.

Erste Phase: Entgegen weitverbreiteten Vorurteilen war die Idee des Zionismus keineswegs nur in Westeuropa und keinesfalls nur unter den Vertretern der Bourgeoisie populär. Gerade in Osteuropa und in Rußland hatte die organisierte sozialistische Bewegung seit Beginn des 20.Jahrhunderts z.B. mit sogenannten "zionistischen Sozialisten" zu kämpfen, die eine Ideologie der künstlichen Absonderung der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter propagierten und dies mit der *idealistischen Konstruktion* einer "einheitlichen jüdischen Nation" rechtfertigten. Diese Anschauungen wurden nicht wegen "Rassismus" bekämpft, sondern wegen der darin enthaltenen Idee der Absonderung vom Gesamtstrom des Klassenkampfs.[1]

Andererseits verhandelten in Westeuropa bereits in dieser Phase Wortführer und Ideologen der zionistischen Idee offen mit den herrschenden Klassen der imperialistischen Großmächte zwecks Durchsetzung der Gründung eines eigenen Staates in Verbindung mit deren imperialistischen Politik.

In der *zweiten Phase* muß vor allem auch der Einschnitt der Judenverfolgung durch die Hitlerfaschisten in ganz Europa gesehen werden.

Nachdem die damals sozialistische Sowjetunion den Jüdinnen und Juden völlige nationale Gleichberechtigung gegeben hatte (aufblühendes Schulwesen und Entstehung vieler Theater, jüdische Sowjets usw.), und nachdem ein autonomes jüdisches Gebiet in Birobidjan geschaffen worden war und somit entscheidende Schritte zur Lösung der Judenfrage getan waren, zeigte sich auf dem anderen Pol, dem deutschen Faschismus, die bisher größte organisierte Maschinerie der Massenvernichtung gegenüber den Jüdinnen und Juden.

In dieser Zeitspanne, besonders bedingt durch die Antihitler-Koalition zwischen der damals sozialistischen UdSSR, Amerika, England sowie durch die erforderliche breite antifaschistische Bündnispolitik der verschiedenen kommunistischen Parteien wurden auch die verschiedenen zionistischen Organisationen, besonders in Polen, in den Kampf gegen den Hitlerfaschismus hineingetrieben.[2]

Auch wenn verschiedene Vetreter zionistischer Organisationen, besonders in Deutschland, eine Politik der Absprache mit den Hitlerfaschisten bis tief in die dreißiger Jahre oder noch länger betrieben hatten, auch wenn verschiedene Führer zionistischer Organisationen auf der Basis der faschistischen Erpressung in die nazistische Todesmaschinerie hineingezogen wurden und sich zu Kollaborateuren entwickelten, wäre es absurd und eine historische Fälschung, die zionistische Bewegung dieser Zeit überhaupt als "profaschistisch" einzustufen.[3]

In der *dritten Phase*, d.h. heute tritt der Zionismus überwiegend als besondere Form der Staatsideologie des reaktionären Staats Israel, als gegen die palästinensische Bevölkerung gerichtete, rassistisch gefärbte Ideologie in Erscheinung, als aggressive Ideologie eines Staates, der als ein Werkzeug des Imperialismus zur Unterdrückung der arabischen Bevölkerung, besonders des palästinensischen Volkes herhält.

Die Entlarvung dieser aggressiven und imperialistischen Funktion des Zionismus ist ein Gebot der Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Und selbstverständlich ist es übel, dies als antisemitisch zu denunzieren. Allerdings erfordert die antiimperialistische Solidarität mit dem Befreiungskampf in Palästina in der Tat einen entschlossenen Kampf gegen den Antisemitismus[4], da die gänzlich unzulässige Gleichsetzung der Juden mit dem Staat Israel allzu oft Teil faschistischer und halbfaschistischer Attacken ist. Es ist unbedingt nötig, stets so genau wie möglich zu sagen und aufzugliedern, was gemeint ist, wenn wir heute die herrschende Klasse Israels, ihre Politik und Ideologie, als Teil des Weltimperialismus anprangern und angreifen.

2) Zur Debatte über das Interview mit K.K.

"Wie von der Tarantel gestochen" hat die autonome Palästinagruppe auf meinen Leserbrief zum Teil 1 des Interviews mit K.K. reagiert. Leider haben sie sich einer ernsthaften Auseinandersetzung nicht gestellt und Zuflucht gesucht bei plumpen Verleumdungen und Verdrehungen gegen die MLPÖ. Vieles ist auch garnicht zu verstehen, weil nicht argumentiert wird, weil einfach Behauptungen aufgestellt werden, die völlig aus der Luft gegriffen sind. Dies gilt zum Teil auch für andere Stellungnahmen. Z.B. unterschiebt Roland K. der MLPÖ, sie würde "die Legende von der Kollektivschuld" verbreiten. Das ist völlig frei erfunden.[5]

Im übrigen müßte eigentlich erwartet werden können, daß dann, wenn es um meinen Text geht, auch dieser kritisiert wird. Wenn die MLPÖ kritisiert werden soll, dann sollten die Publikationen der MLPÖ kritisiert werden.

Doch nun zu den inhaltlichen Punkten:

1) Nochmals zur Frage, ob jüdisch immer und unter allen Umständen nur "Ausdruck für eine Religion" sei.

feststellen, die natürlich auch Überschneidungen haben.

2) Zur Frage der Rolle Israels und der arabischen Staaten

Im Teil 1 hat K.K. behauptet, daß "durch Israel" die Interessen der Imperialisten in der "Arabischen Region" aufrechterhalten würden. Die autonome Palästinagruppe muß immerhin zugeben: "Die reaktionären arabischen Regimes dienen sicherlich dem Imperialismus und seinen Interessen im arabischen Raum." Na also.

Daß diese reaktionären Staaten nicht dieselbe Funktion übernehmen können wie Israel ist wahr, genauso wie Israel nicht die Funktion Syriens oder des Irak übernehmen kann, z.B. bei der Unterdrückung und Massakrierung der Kurden. Jedes dieser reaktionären Regimes hat seine Rolle im imperialistischen Weltsystem, in der Strategie der imperialistischen Groß- und Kleinmächte (darunter Österreich). Da gibt es Besonderheiten, aber *keinen prinzipiellen Unterschied.*

Die Stellungnahme der autonomen Palästinagruppe drückt sich geflissentlich um die Frage, ob es neben den *reaktionären* arabischen Staaten heute auch noch *fortschrittliche, antiimperialistische* Staaten gebe. In der Tat behauptet K.Khella genau das. Neben Libyen bezeichnet er Nordjemen und "in gewissem Grad Algerien und Syrien" wörtlich als "antiimperialistische Staaten".[7]

Das macht deutlich, daß es eben nicht um die Einschätzung dieser oder jener Besonderheit geht, sondern um die *Verfälschung des reaktionären Klassencharakters* dieser Staaten.[8]

Eine Revolution durchführen und unterstützen kann nur, wer genau zwischen Freund und Feind zu unterscheiden weiß. Wer die arabische Reaktion, an deren Händen *auch* das Blut tausender Palästinenser klebt, zu "Verbündeten" erklärt oder deren reaktionäre Rolle vertuscht, kann mit der Intifada nicht wirklich solidarisch sein!

3) K.K. behauptet, der Antisemitismus sei "ein *ausschließlich* europäisches Phänomen". Dies habe ich mit einigen Belegen widerlegt. Die TATblatt-Redaktion versucht diese Belege damit zu entkräften, daß es sich bei Ghaddafi, bei den Machthabern in Syrien, dem Verbündeten des deutschen Faschismus Amin Al-Husseini usw. um Angehörige der herrschenden Klasse und nicht des Volkes handelt. Aber dieser Hinweis ist leider nur geeignet, das Problem zu bagatellisieren. Der Antisemitismus wird dort wie überall sonst auch selbstverständlich von den *Herrschenden* geschürt. Doch würde dem Kampf ein wahrer Barendienst erwiesen, wenn der Einfluß und die Gefährlichkeit reaktionärer

LeserInnenbriefe

Ideologien und Kräfte von vornherein herabgespielt oder überhaupt abgestritten würde.[9] Es gibt nämlich keinen Automatismus, daß die militanten Tageskämpfe in Palästina (oder sonstwo) schnurstracks und unbedingt ieine siegreiche Revolution einmünden.

Das Beispiel des Iran sollte zu denken geben. 2 oder 3 Jahre vor dem Machtantritt der reaktionären Kräfte um Khomeini haben diese im Iran sicherlich auch keinen entscheidenden Einfluß gehabt und die Volksmassen haben jahrelang einen unerhört opferreichen Kampf geführt. Dennoch kam nach dem Sturz des Schah-Regimes dann neuerlich eine faschistische Diktatur heraus.

Auch in Palästina, auch innerhalb der Intifada gibt es "islamisch-fundamentalistische" Kräfte. Und es geht auch nicht nur um sie. Auch die PFLP z.B. hat zumindest 1986 noch Syriens Unterstützung für die angebliche "Revolution" im Iran gepriesen[10] und das faschistische Regime in Syrien selbst als Verbündeten bezeichnet, ebenso wie sie die heutigen russischen imperialistischen Machthaber als "wahre Freunde" hingestellt hat.[11] Und wie ist es eigentlich zu verstehen, daß die PLO kürzlich im Wiener Albert-Schweitzer-Haus Proteste gegen das Auftreten der FPÖ-Schmid auf einer PLO-Veranstaltung gewaltsam unterdrückt hat?

Sind das Argumente gegen die Unterstützung der Intifada? Keineswegs. Nur: wer dies alles ignoriert, vertuscht und rechtfertigt, sabotiert in Wirklichkeit die Unterstützung des Befreiungskampfes in Palästina, der nur bei klarer Erkenntnis *aller* Feinde siegen kann!

Der heldenhafte Kampf des palästinensischen Volkes gegen die israelischen Besatzer hat unsere Solidarität nötig. Es wird wirklich viel zuwenig hier in Österreich dazu getan, diesen Kampf zu propagieren, auszuwerten und direkt zu unterstützen. Dafür sind gute Argumente nötig und wirkliche Aufklärung. Die Standpunkte des autonomen Palästina-Komitees behindern die Entwicklung einer solchen nötigen Solidaritätsarbeit, wirken nur abschreckend und sind in Wahrheit eine einzige Katastrophe, so wie das ganze pseudowissenschaftliche Gerede des K.Khella, der offensichtlich mehr und mehr als Referent vor den reaktionären Staaten der arabischen Liga aktiv ist (siehe TATblatt minus 74), als wirklich konsequent den Kampf des palästinensischen Volkes zu unterstützen.

25.4.90 X.M., Sympathisant der MLPÖ

●

1 Siehe dazu insbesondere Lenin-Werke Bd.6, S.324-329 und Bd.7, S.47-53 und S.82-93.

2 Ingrid Strobl beschreibt in ihrem Buch "'Sag nie, du gehst den letzten Weg' – Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung" sehr eindrucksvoll, wie die damalige KP Polens Seite an Seite mit jüdischen, darunter auch linkszionistisch orientierten Kräften den bewaffneten antifaschistischen Kampf führten.

Völlig falsch ist die Behauptung in dem Leserbrief "4 Punkte" im TATblatt minus 71, daß es sich dabei nur um nicht-zionistische jüdische Widerstandskämpfer/innen gehandelt hat. Hat der Verfasser oder die Verfasserin das Buch eigentlich gelesen? Dort wird auf dutzenden Seiten *unübersehbar* beschrieben, daß die damalige KP Polens gemeinsame antifaschistische Widerstandskomitees auch mit linkszionistischen Organisationen gebildet hat (vgl. besonders S.182 ff).

3 Bezeichnend ist ja auch, woher K.K. und Co. ihr Zeug herhaben. Sie haben es direkt beim sogenannten "Antizionistischen Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit" abgepinselt, also völlig unkritisch aus der zutiefst antisemitischen Quelle der heutigen Moskauer Machthaber übernommen (wörtlicher Abdruck dieses Zeugs auch in "Al Kharamar").

4 Die Bedeutung des Begriffs Antisemitismus ist unter revolutionären Kräften von jeher klar. In seiner bekannten Schallplattenaufnahme "Über die Pogromhetze gegen die Juden" sagte Lenin z.B.: "Antisemitismus nennt man die *Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden*." (Werke Bd.29, S.239)

5 Siehe dazu den Artikel "Zur Frage der Mitschuld des Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse" im Sonderdruck von 4 Artikeln aus der "Roten Fahne" vom Juni 1987. Dieser Sonderdruck kann unentgeltlich angefordert werden bei: Zentraler Literaturdienst, Postfach 582, 1150/9 Wien.

6 In dem Beschluß des 10.Parteitags der KPR(B) vom März 1921 heißt es eindeutig und den Tatsachen entsprechend, und kann das wohl selbst von Roland K. kaum "weginterpretiert" werden:

"Außer den genannten Nationen und Völkerschaften, die eine bestimmte Klassenstruktur aufweisen und ein bestimmtes Territorium bewohnen, gibt es in der RSFSR noch einzelne lose nationale Gruppen, nationale Minderheiten, die in kompakte Mehrheiten anderer Nationen eingesprenkelt sind und in den meisten Fällen kein bestimmtes Territorium besitzen (Letten, Esten, Polen *Juden* u.a.)." (Zitiert nach Sammelband: Stalin: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, Köln 1976, S.379).

Anzumerken ist, daß Lettland und Estland damals nicht zur UdSSR gehörten, hier also nicht von der sehr wohl existierenden lettischen und estischen Nation die rede ist, sondern von Angehörigen dieser Nationalitäten auf dem damaligen sowjetischen Territorium.

7 Siehe K.K., "Libyen – Sozale Revolution und imperialistische Aggression", S.120.

8 Auf dieser Linie liegt auch Roland K. Wie könnte er sonst jedem die Sympathie mit den Befreiungsbewegungen der *Völker* dieser Region absprechen, welcher die arabischen *Staaten* allesamt als vom Imperialismus abhängige reaktionäre, halbfeudalistische Staaten einschätzt. Hier liegt ja der Hund begraben. Ganz im Sinn der konterrevolutionären "Drei-Welten-Theorie" Deng Hsiao-pings werden die reaktionären Staaten einerseits und die Völker andererseits in einen Topf geworfen, als ob es zwischen ihnen nicht antagonistische Klassengegensätze gibt.

9 Wer mal nach Ägypten oder Tunesien fährt, kann leicht feststellen, daß zum Teil erschreckender Antisemitismus auch in der Bevölkerung vorhanden ist.

10 Siehe den Politischen Bericht des 4.Kongresses der PfLP, Veröffentlicht vom Zentralen Informationsbüro der PFLP, Damaskus 1986, S.104, englisch.

11 Siehe ebenda, sowie z.B. in "Al Kharamar", wo kritiklos eine Erklärung der PFLP abgedruckt ist, in der die imperialistische Sowjetunion, die in Afghanistan eine faschistische Aggression unternommen hat, als "unser wahrer Freund" bezeichnet wird (Al Kharamar Nr.3/86, S.9).

liebes tatblatt,

so einfach, wie ihr manche dinge darstellt, liegen sie auch wieder nicht.

z.b. ist die psychiatrie nicht "nichts anderes" als eine strafanstalt. wohl aber gehört sie zu den repressiven institutionen dieser gesellschaft (wie auch spital, schule,...).

es geht eben nicht immer und nicht einmal meistens darum, leute "zu befreien", manfrau muß sich da auch überlegen, wie mit diesen leuten dann umgehen/wie für sie/gegen sie/mit ihnen leben etc.

lieb und verständnisvoll sein, scheint mir da einfach etwas wenig. überhaupt diese "lieb zu opfern, bös zu tätern"-utopie, die da durchklingt ist ein bißchen problematisch, es ist eben schon sehr schwierig, da dazwischen einen klaren strich zu ziehen, viele sind eben schon beides: opfer auf der einen seite/ und deswegen/trotzdem täter auf der anderen. in mancher hinsicht machen uns auch die strukturen von güterproduktion/austausch etc. zu mittäterInnen (z.b. nord/süd-problem).

ich finde gerade angesichts der diskussion über psych., häfn die frage wichtig, wie wir selbst mit abweichendem verhalten umgehen können/wollen, das gerade nicht unserem "abweichungsselbstverständnis" entspricht.

das "psychiatrische personal" ein etwas herablassender ausdruck für die dort beschäftigten arbeiterInnen, die gewalt, die von einer institution wie der psych ausgeht, läßt sich eben nicht an den dort arbeitenden leuten so einfach festmachen, das sind eben großteils keine arschlöcher, oder: sie sind NICHT NUR arschlöcher, die gewalt geht eben von den strukturen der institutionen aus, denen auch die dort arbeitenden menschen unterworfen sind/werden.

natürlich kann manfrau für die abschaffung von häfn und psych sein, nur: mit lieb sein und gutem willen wird sich das problem der leute nicht lösen lassen (wie soll es gelöst werden? was für eine funktion hat sogenanntes abweichendes verhalten?...). die psychpatienten und häftlinge sind keine homogene gruppe von unglücksraben, die in wirklichkeit eh okay sind – warum sollten sie auch?

so sind mir eure utopien zu romantisch, nicht zu ende gedacht. herauskommt ein klischeebrei mit gesichertem feindbild.....ihr seid doch keine anarcho BILD oder KRONENzeitung.

liebe, haß(?), kraft und schwäche.

●

LeserInnenbriefe

lesen, denken, fühlen und so

Da sitze ich und lese das TATblatt, und irgendwie ist mir zum Heulen zumute: "Auf einer antifaschistischen Demo ist es endlich gelungen, Faschisten zu verprügeln. Einer wurde von der Rettung ins Spital verschafft."

Irgendwie kommt mir das alles sehr bekannt vor (60 oder 50 Jahre, mensch bedenke !). Eine Seite setzt gewalttätige Handlungen, die andere Seite, um Gewalttätigkeiten zu verhindern, wird selbst radikal.

Aber nicht, wer angefangen hat, ist die Frage; aufhören zu können, das ist die Kunst.

Zu bedrohlich, beschissen und menschenverachtend ist dieses Spiel, auf das sich viele begeistert einzulassen scheinen.

Nie wieder Faschismus! Diese Aussage kann ich voll und ganz vertreten, aber dem Faschismus mit Brutalität und Menschenverachtung entgegenzutreten, hieße nur, ihn zu stärken.

Kann mensch aus der Vergangenheit lernen, oder neigt mensch dazu, Fehler zu wiederholen?

Linke / Autonome gegen Faschisten (ein Kanzlerkandidat mit blauem Schal reibt sich im Hintergrund schon seine braunen Hände) — ein Stellvertreterkrieg auf dem Rücken von vielen Menschen, um die Polizei aufzurüsten, menschenverachtende Gesetze durchzudrücken, ausländerInnenfeindliche Politik zu betreiben, und um auch weiterhin Natur und Menschen ausbeuten und unterdrücken zu können.

Und Bilder tauchen in meinem Kopf auf — Menschen erschlagen Menschen, keiner traut dem/der anderen, mensch hat Angst auf die Straße zu gehen — ein Verletzter wurde mit der Rettung weggebracht, aber wie viele sind's morgen? Und wie lange dauert es dann noch, bis es Tote gibt? — Sich zur Wehr setzen und auch andere vor Angriffen schützen, ist schon klar, aber zu einer Jagd auf Faschisten aufzurufen, heißt nur, Haß zu schüren (auf beiden Seiten).

Nicht Kampf, sondern gewaltlosen Widerstand als Leitspruch für die Revolution wählen — Angreifern würde viel Wind aus den Segeln genommen, und wahrscheinlich würde die linke / autonome Bewegung größere Unterstützung aus der Öffentlichkeit bekommen.

Und weil's ich bin, schenke ich allen Tb-LeserInnen ein Gedicht:

ARGUS AM FENSTER

Wolkenspitzen
überm Scheunendach
treiben Ängste durch den blauen Himmel
unserer Wünsche

Systeme
angehäufter Dummheiten
mauern stetig
an der gesetzlichen Logik
sinnloser Bretter

Scheuklappen
vernagelter Vorurteile
drücken häßlich
auf sprießende Menschlichkeit
unserer Welt

Antrieb durch Angst
führt
Ohnmacht zur Gewalt

handeln aus Liebe
scheint nur Utopie.

Liebe Grüße, Franz Witzmann●

lesen, denken, handeln und so

Da sitze ich und lese F.W.s Leserbrief, und irgendwie ist mir zum Heulen zumute.

Der Brief erinnert mich an die unzähligen Diskussionen, die ich mit den unterschiedlichsten Leuten in letzter Zeit, v.a. nach den Ereignissen vom 20. April (siehe Tb minus71) und den Geschehnissen in (Ost-)Berlin am darauffolgenden Wochenende, geführt habe. Thema: Wie stark ist die Bedrohung durch Rechtsradikale / Skinheads tatsächlich, wie ihr begegnen? Schlagen wir die Faschisten, wo wir sie treffen?

Solange ich das Gespräch nicht mit Personen aus linken/autonomen Zusammenhängen geführt habe, lief es in etwa immer gleich ab. Auf meine Schilderung der Ereignisse folgte ein Plädoyer für Gewaltlosigkeit. Gewalt wäre primitiv, kontraproduktiv, würde dem eigentlichem Ziel entgegenstehen. Und v.a. dürfe mensch nicht die Mittel und Methoden der Faschisten gebrauchen um diese zu bekämpfen.Soweit verlief die Diskussion dann auch sehr ergiebig, die Gewaltdebatte gibt doch immer noch etwas her. Ins Stocken geriet das Gespräch aber immer an einem bestimmten Punkt, von wo ab es sich höchstens noch im Kreis bewegte. Dann nämlich, wenn ich, von Gewalt als "politisches Mittel" selbst keineswegs überzeugt, nach den möglichen Alternativen fragte. "Mit legalen Mitteln", hieß es dann, oder "im Rahmen der Demokratie", "auf keinem Fall mit den Methoden der Faschisten". Auch F.W. schreibt von gewaltlosem Widerstand. Konkreter konnte da niemand werden. Doch diese allgemeinen Aussagen, obwohl ich die Beweggründe verstehen kann, genügen mir schon lange nimmer.

Die Bedrohung ist da, zwar weniger für mich, weil ich mit meinem "deutschem" Aussehen nicht unbedingt zu einer Zielgruppe für Übergriffe von Skinheads gehöre, aber für meine ausländischen Mitmenschen ("deren Abstammung man ihnen ansieht"), Punks, Homosexuelle, und eben alle, die nicht ins Glatzköpfeweltbild passen. Die Bedrohung ist konkret, sie ist alltäglich, also muß auch eine konkrete Antwort her!

Klar ist, Skinheads sind nicht die wahren, v.a. nicht die einzigen Faschisten. Tatsache aber auch ist, Skinheads sind auf vielen Plätzen, insbesondere in (Berufs-) Schulen präsent, und verbreiten dort faschistische Ideen. Tatsache ist, daß mensch sich auf die Polizei / den Staat als Regulativ zwischen Rechten und Linken nicht verlassen kann, dieseR es nie war (Stichworte: Conny / Göttingen, siehe Tb minus 79, Günther Sare / Frankfurt, Benno Ohnesorg / Berlin u.v.a.m). Tatsache ist, daß im Gesetz zwar schöne Worte zu "Wiederbetätigung" usw. stehen, für die in der Nachkriegszeit durchgeführte "Entnazifizierung" aber "Vernazifizierung" immer schon der bessere Ausdruck gewesen wäre. Tatsache ist, daß mensch mit Skinheads nicht mehr reden kann. Tatsache ist, Skinheads werden nicht weniger, sondern mehr.

Was also tun? Daß mensch an Schulen, Unis usw., quasi an "Unbescholtene", mit Inhalten, Information und Aufklärung herantritt, muß eine Selbstverständlichkeit sein. Daß dies bei jenen, die ihr Hirn schon im AusländerInnenhaß, Patriotismus und nicht zuletzt im Suff ertränkt haben, wenig fruchten wird, sollte mensch aber auch klar werden.

Zustimmen muß ich F.W. in der Sorge um die Gefahr, ob sich die Situation nicht zuspitzen, ob sie nicht eskalieren kann / wird. Weil an diesem Punkt aber auch immer der Vergleich zur Zeit vor 50, 60 Jahren herangezogen wird, so ist doch anzumerken, daß sich die Linke damals eher durch Zaudern und Zögern als durch offensive Politik ausgezeichnet hat. Zur Eskalation kam es aber trotzdem, und die kostete 55 Millionen das Leben ... Stellt sich die Frage, ob mensch aus dieser Geschichte nicht lernen sollte? Soll mensch der hehren Ideale wegen den Faschisten wieder das Feld überlassen, bis es zu spät ist, oder muß mensch nicht heute eingreifen? Und wenn, wie dann bitte, wenn von Seiten der Faschisten / Skinheads nur Gewalt zu erwarten ist? Wie sich schützen, wie sich wehren, wie den Faschos entgegentreten? Konkret bitte!

Einer vom TATblatt-Kollektiv

P.S.: Ganz und gar lächerlich wird's für mich zu hören:"...wenn die Faschisten wieder an die Macht kommen, dann gehe auch ich in den Untergrund...". Quatsch! Wenn die Faschisten erst wieder an der Macht sind, dann werden nur die geschicktesten und die mutigsten etwas unternehmen. Der große Rest wird entweder schon verhaftet sein, oder den braven Blockwart spielen, der ja schon immer für "die Sache" war ...

Ehrlicher Antifaschismus kann nicht erst mit der Machtübernahme der Faschisten beginnen, sondern muß diese verhindern.●

WAS TUN?

WIEN:

Seit 3. Mai:
Fotoausstellung von Flugblättern und Agitationsmaterial aus Leipzig und Berlin-Hauptstadt aus dem Herbst '89
TU-Wien4, Wiedner Hauptstraße 8-10, Erdgeschoß

Mittwoch, 9. Mai
20 Uhr: Solidaritätskonzert mit der salvadorianischen Musikgruppe Banda Tepeuani
WUK; 9, Währinger Straße 59

Donnerstag, 10. Mai
19.30 Uhr: Gruppe *ArbeiterInnenstandpunkt* stellt trotzkistisches Manifest vor
Amerlinghaus 7, Stiftgasse 8

Freitag, 11. Mai
Keinen Meter mehr
DEMONSTRATION *STOP DEM AUTOWAHN*
Treff: 15 Uhr Parlament

Freitag, 11. Mai
18 Uhr
Lesung Roland M. Schernikau: Legende (die Götter steigen zur Erde herab. Sie machen in Westberlin Station. Sie wenden sich mit Grausen ab...
Universität f Bodenkultur, Festsaal; 18, Gregor Mendel Straße 33

Freitag, 11. Mai
20 Uhr; Iwan der Schreckliche (1+2); Regie: Sergej M. Eisenstein (Weit mehr als eine in die russische Vergangenheit verlegte Auseinandersetzung mit der Person Stalins....) Eintritt S 60,–; TU-AudiMax; 6, Getreidemarkt 9

Freitag/Samstag 11./12. Mai
Denken der Geschlechterdifferenz
Internationales Symposium zur feministsichen Philosophie
veranstaltet von der GRUWI-Fak und de IWK.
Eröffnung Freitag 15 Uhr; Kleiner Festsaal der Uni Wien; 1, DrK Lueger Ring 1

Sonntag, 13. Mai
20 Uhr
Harmonia Viva
polnisches Akkordeontrio; Eintritt S80,–; B.A.C.H.; 16, Bachgasse 21

Montag, 14. Mai
20 Uhr
»Stücklohn«; Kapitalistische Arbeitsbedingungen im Realsozialismus. Ottwald John liest aus »Stücklohn« von Miklos Haraszti (ungarischer Schriftsteller); erschienen 1975
HS 7; TU-Wien, E-Inst; 4, Gußhausstraße 27–29

Montag, 14. Mai
22 Uhr: Filmshow, Aktionsvortrag, Musikeinlagen mit Multivision: Film im Kopf, Film in Arbeit, Film auf der Leinwand; Florian Flicker und Thomas Renoldner; B.A.C.H.; 16. Bachgasse 21

Dienstag, 15. Mai
20 Uhr: Hunger und Menschenrecht. Informationsveranstaltung von FIAN Österreich(Foodfirst Inforamtions & Actions Network)

Mittwoch 16. Mai
Freitag 18. Mai
Samstag 19. Mai
jeweils 20 Uhr
Wienzeile-Lyrik-Session
B.A.C.H.; 16, Bachgasse 21

Freitag 18. Mai
19 Uhr: Diskussionsveranstaltung über Nicaragua; Herbert und Martina berichten über die momentane Situation in Nicaragua; Rotstilzchen, 5, Margaretenstraße 99

Freitag, 18. Mai
19 Uhr Film + Diskussion »sister georg«; ausschließlich für Frauen; FZ-Beisl; 9, Prechtlgasse (im WUK-Haus)

Samstag, 19. Mai
20 Uhr
Die SaTUriker und die Seminarren (2 junge Kabarettgruppen aus der DDR) Eintritt: S 70,–; TU-AudiMax; 6, Getreidemarkt 9

Sonntag, 20. Mai
19 Uhr
Filmvortrag der KAI:
»Die Seele zerstören« Neuroleptika, der größte Arzneimittelskandal des Jahrhunderts und: Vortrag »;Der chemische Knebel« und »Psychiatrisches Testament«. Anschließend Diskussion.
B.A.C.H.; 16, Bachgasse 21

Montag, 21 Mai
19.30 Uhr; Von den Mühen der Ebene; Lesung und Diskussion mit Landolf Scherzer aus »Der Erste« (über den Arbeitsalltag eines mittleren SED-Funktionärs); Festsaal der TU-Wien; 4, Karlsplatz 13 (am Resselpark)

Montag, 21. Mai
20 Uhr
Benefizkonzert für Kinder in einem rumänischen Waisenhaus; B.A.C.H.; 16, Bachgasse 21.

Samstag, 12. Mai
Flex-Fest in der Arena, mit No Mehnsno, Arm, Walpurgis Volta; ARENA, 3., Baumgasse 10

Freitag, 18. Mai
Echo from Yesterday (ex-Beat-Hits aus Wien); Flex, 12., Arndtstr.51
19. Mai
Konzert mit Inferno, No Fish on Friday; Flex, 5., Arndtstr.51

LINZ:

21. bis 26. Mai:
6. gesamtösterreichisches Symposium des Vereins *Miteinander*: »Gemeinsam leben, lernen, arbeiten« Infos und Anmeldung: Miteinander; Rechte Donaustraße 7; 4020 Linz; Telefon: (0732)282000

SCHWERTBERG:

Samstag, 12. Mai:
20 Uhr: Kanalschutzfest mit Dharma Bums, Fuckhead u.a.; KANAL, Josefstal 21, 4311 Schwertberg

GRAZ:

FRAUEN AUS ALLER HERREN LÄNDER
Donnerstag 10.5.:
10.00 - 17.00 Uhr, AKTIONSTAG im foyer des hauptgebäudes der karl-franzens-universität
20:00 Uhr, POLITISCHE FRAUENARBEIT IN SÜDAFRIKA im hs b (06.02)
(nomazizi ramaphosa)
Fr 11.5.:
14.00 - 18.00 Uhr, POLITISCHE FRAUENARBEIT IN SÜDAFRIKA workshop im martin-luther-haus, kaiser-josef-platz 9 (nomazizi ramaphosa, engelbert theuermann)
19.00 Uhr, THEATER TANZ FEST in der mensa
austellung FRAUEN aus aller HERREN LÄNDER in der aula der karl-franzens-universität; 8.5. - 10.5. 10.00 bis 17.00 Uhr (führungen für gruppen gegen voranmeldung)
buchausstellung im unterrichtsraum der universitätsblibliothek der karl-franzens-universität; 8.5. - 11.5. 10.00 bis 18.00 Uhr
videothek vor der aula der karl-franzens-universität 8.5. - 10.5. 10.00 bis 18.00 Uhr
kinderecke (für kinder ab 3 jahren) in der katholischen hochschulgemeinde, leechgasse 24; 8.5. 10.5. 10.00 bis 17.00 Uhr

Betrifft: TATblatt

diesmal voll und ganz zum Vergessen

Guten Morgen zur späten Stunde! Das in Aussiocht gestellte neue perspektivische Grundsatzpapier des TATblatts läßt weiter auf sich warten. Aber sonst war allerhand los. Aber das habt ihr wohl eh schon gelesen. Die Sache ist nun eine die, daß ich jetzt absolut nicht weiß, was ich heute in dieses *Betrifft* schreiben soll. Unsere Situation ist die selbe, wie sonst auch. Die Weltgeschichte ist auch die übliche. An eine Revolution vor der TATblatt-Nullnummer glaubt wahrscheinlich ohnehin keineR mehr, und an eine zweitägliche Erscheinungsweise bis dahin, wohl auch nicht viel mehr Leute. Trotzdem: Der Aufstieg ist unaufhaltsam. Mit uns zieht die neue Zeit. Wir sind das Bauvolk der kommenden Nummer. Bis dahin: Ganz viel Liebe und Kraft. Möge der Sommer ganz bald kommen. Das wünsch ich Ihnen, das wünsch ich mir, das wünsche ich uns allen...
Also: Jetzt muß ich dieses nichtsaussagende Geblubber unterbrechen. Wie wollen wir uns inhaltlich weiterentwikkeln, oder noch allgemeiner gesagt zu einer revolutionären Strategie finden, wenn wir über den Sommer philosophieren? Doch da jetzt der Platz absolut nicht mehr ausreicht, um diese Fragen anzuge-

Das nächste TATblatt erscheint am 22. Mai. Redaktionsschluß dafür ist am 15. Mai.

Das TATblatt erscheint alle 14 Tage. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklung befindliches Projekt erachten, sind die Ausgaben von minus 101 ausgehend in Richtung Nullnummer nummeriert. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den offenen TATblatt-Plena getroffen. Nicht alle Artikel müssen vollinhaltlich der Meinung des Kollektivs entsprechen, Kritik und Mitarbeit ist jederzeit willkommen.

TATblatt-Wien:
1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543
Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr
Lustiges Zusammenlegen des druckfrischen TATblatts, mit Adreßpickerlkleben und Packerl-machen: jeden zweiten Montag, und zwar einen Tag vor Erscheinen, ab etwa 14 Uhr. Ab diesen Zeitpunkt ist das TATblatt auch für HandverkäuferInnen abholbereit. Für den Fall von Druckverzögerungen (kommt auch vor): vielleicht vorher anrufen (ab 12 Uhr zirka!)

TATblatt-Graz:
8010, Kastellfeldg 34/16
Nächstes Treffen am Mittwoch, 16. Mai um 17 Uhr bei der Tb-Graz Adresse (s. o.)

TATblatt-Linz:
Treffen: jeden Mittwoch um 20 Uhr im Medienzentrum, 4020, Schubertstr 35 / Keller.

TATblatt-Innsbruck:
Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Das *TATblatt* im Abo

Preise: Abo für 10 Ausgaben: S 96.—; Abo für 20 Ausgaben: S 190.— (innerhalb Österreichs)
Bei Förderabos kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96.— bzw S 190.—)
Ein »Auslandsabo« kostet S 150.— für zehn Ausgaben.
Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

Mitgliedschaft in der *U.I.I.*

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt S 1.— pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.— Diese dreißig Schilling nach Belieben vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt.

IMPRESSUM: Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin: ***UNABHÄNGIGE INITIATIVE INFORMATIONSVIELFALT***; 1060 Wien; Gumpendorferstr 157/11; **Telefon:** (0222) 57 49 543; **Bankverbindung/Konto:** P.S.K 7547 212; **DVR Nr:** 0558371; **Druck:** Eigendruck

Einzelverkaufsstellen

Wien:

Buchhandlungen:
- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R .A. Keream (1, Kärntnertorpassage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stiegengasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Reisebuchladen (9, Kolingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

diverse Läden:
- Why Not-Plattengesch. (6, Otto Bauerg 16)
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Beisln:
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- FLEX (12, Arndtstraße 51)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

außerdem:
- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schotteng 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124/ 1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen - Interessensgemeinschaft (10, Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)

Graz:
- Dradiwaberl-Antiqu. (Zinzendorferg)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)

Linz:
- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Buchhandlung Alex (Hauptplatz)

Innsbruck:
- Am Haven (Innrain 157)
- Buchhandlg Parnaß (Speckbacherstr 21)

anderswo:
- Schwertberg: Kulturverein Kanal (Josefstal 21)